

V.

Die Reichstagsession von 1888—89.

1. Allerhand Afrikanisches.

15. Januar 1889.

Die vierte Session der siebenten Legislaturperiode des Reichstags ward am 22. November 1888 durch Kaiser Wilhelm II. persönlich eröffnet. In der Thronrede, die als wichtigste Vorlage einen sozialpolitischen Gesetzentwurf zur Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter ankündigte, fand sich außerdem der folgende bemerkenswerte Absatz: „Unsere afrikanischen Ansiedelungen haben das Deutsche Reich an der Aufgabe beteiligt, jenen Weltteil für christliche Gesittung zu gewinnen. Die uns befreundete Regierung Englands und ihr Parlament haben vor hundert Jahren schon erkannt, daß die Erfüllung dieser Aufgabe mit der Bekämpfung des Negerhandels und der Sklavenjagden zu beginnen hat. Ich habe deshalb eine Verständigung zunächst mit England gesucht und gefunden, deren Inhalt und Zweck Ihnen mitgeteilt werden wird. An dieselbe werden sich weitere Verhandlungen mit anderen befreundeten und beteiligten Regierungen und weitere Vorlagen für den Reichstag knüpfen.“ Man erinnere sich hierbei der folgenden Thatfachen. Die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft hatte am 28. April 1888 durch Vertrag mit dem Sultan von Zanzibar die gesamte Verwaltung des der dortigen deutschen Interessensphäre vorgelagerten Küstenstrichs pachtweise auf fünfzig

Jahre erworben und am 16. August diese Verwaltung durch Hissen der Flagge der Gesellschaft neben der des Sultans in den betreffenden Häfen feierlich angetreten. Hiergegen erregten die sich in ihrem Interesse bedroht fühlenden arabischen Sklavenhändler im September einen von dem Araber Buschiri geleiteten Aufstand, wodurch die Stationen der Gesellschaft bis auf zwei verloren gingen und einige ihrer Beamten umkamen. Weitere Verluste wurden durch das thatkräftige Eingreifen deutscher Kriegsschiffe verhütet. Der Reichskanzler nahm sich sofort der bedrohten Sache der Gesellschaft an, nicht ohne das Hissen ihrer Flagge als unvorsichtig und voreilig zu tadeln. Die deutsche Regierung einigte sich, wie die Thronrede andeutet, zunächst mit England und alsbald auch mit anderen Mächten zur Verhängung einer am 2. Dezember eröffneten Blockade, um die Einfuhr von Waffen und Munition, sowie die Ausfuhr von Sklaven an der ganzen ostafrikanischen Küste zu verhindern. Das Unternehmen der Bekämpfung des Sklavenhandels und damit indirekt der Sklaverei selber ward besonders von einer internationalen katholisch-kirchlichen Bewegung unter der Führung des Kardinals Lavignerie sympathisch begrüßt. Infolgedessen stellte auch im Reichstage der Abgeordnete Windthorst einen am 14. Dezember angenommenen Antrag auf eine Resolution, wodurch die Bereitwilligkeit zur Unterstützung weiterer Maßregeln zum Zwecke der Bekämpfung des Negerhandels und der Sklavenjagden ausgesprochen ward. In der darüber geführten Diskussion gab Staatssekretär Graf Herbert Bismarck entgegenkommende Erklärungen ab, bezeichnete es als eine Ehrenaufgabe Deutschlands, die in Ostafrika begonnenen Unternehmungen weiterzuführen, und kündigte für die Zeit nach den Weihnachtsferien die Einbringung einer entsprechenden Vorlage an.

Noch ehe diese ostafrikanische Vorlage erschien, führte die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1889/90 in der 20. Sitzung des Reichstages am 15. Januar 1889 eine nach und nach die sämtlichen afrikanischen Schutzgebiete streifende Kolonialdebatte herbei, an welcher der Reichskanzler selbst, wenn auch eigentlich wider Willen, sich wiederholt beteiligte. Den ersten Anlaß dazu bot der Abgeordnete Richter, indem er an die Forderung der neuen Stelle eines Vizekonsuls neben dem Generalkonsul in Zanzibar eine kritische Betrachtung der ost-

afrikanischen Begebenheiten knüpfte und die Beschlußfassung über diesen Statstitel bis zur Beratung der verheißenen ostafrikanischen Vorlage zu verschieben vorschlug. Hierzu bemerkte Fürst Bismarck:

Wenn in Zanzibar überhaupt für die Zukunft ein Generalkonsulat oder ein Konsulat beibehalten werden soll — was ja eine Frage für sich ist; das Bedürfnis liegt einstweilen faktisch und dringlich vor —, dann ist auch die Möglichkeit einer Vertretung unentbehrlich. Bei der großen Entfernung ist die Kommunikation sehr schwierig, was namentlich in Ansehung der vielfachen Geschäfte, die sich dort kreuzen, doppelt empfindlich ist. Ein Konsul hat auch das Recht, namentlich wenn er in tropischen Klimaten lebt, mitunter einige Monate auf Urlaub zu gehen; er hat auch das Recht, mitunter an den dort üblichen Fiebern zu leiden, krank zu werden, und es ist für unsere dortigen Interessen nicht nützlich, wenn in der Zwischenzeit die konsularische Thätigkeit vollständig eingestellt oder durch jemand, der ganz neu in die Sache hineinkommt und erst Monate und Wochen braucht, sich einzuleben, ausgeübt wird.

Auf die Kolonialdiskussion, die Herr Eugen Richter hier angeregt hat, gehe ich meinerseits heute nicht ein. Wenn davon in der Kommission die Rede gewesen ist, so stand damals eine Vorlage, wie sie, ich hoffe, heute oder morgen an den Bundesrat in Beziehung auf die koloniale Frage abgehen wird, noch nicht in Aussicht. Diese Vorlage wird Ihnen, wenn sie nicht im Bundesrat abgelehnt wird, zur Diskussion unterbreitet werden, und da wird ja auch Herrn Eugen Richter die Gelegenheit nicht entgehen, sich über die koloniale Seite der Frage des Breiteren auszulassen. (Heiterkeit.)

Der Antrag Richter ward abgelehnt, der Titel bewilligt. Beim Titel Schutzgebiet Kamerun machte Abgeordneter Woer-

mann auf die Uebergriffe der mit Monopolprivilegien ausgestatteten Royal Niger Company nach der Seite von Kamerun und besonders nach der von Lagos hin aufmerksam. Er bat das Auswärtige Amt, diesem Treiben, wodurch neben deutschen auch britische Kaufleute geschädigt würden, auf diplomatischem Wege wehren zu helfen. Der Reichskanzler versetzte darauf:

Ich würde mich freuen, wenn der Herr Vorredner ein Mitglied des englischen Parlaments veranlassen könnte, dort dieselbe Rede zu halten. Denn ich glaube, daß sehr viele englische Interessen mit den unsrigen, die unter dem Verhalten der kolonialen Behörden und der Niger Company leiden, Hand in Hand gehen und sympathisieren. Für das Auswärtige Amt fehlt aber jede sichere Handhabe, in die inneren Angelegenheiten der englischen Kolonialverwaltung und -Gesetzgebung einzugreifen. Wir haben unsere Interessengebiete durch Verträge und Notenaustausch dort in der kameruner Gegend ebenso wie im Südwesten von Afrika zu sondern gesucht. Diese theoretischen Linien festzuhalten, ist an sich schon schwer, wie die neuerlichen Vorgänge in den südwestlichen Gegenden von Afrika zeigen; die Kontrolle der eigenen Regierung über ihre dort vorgehenden Unterthanen ist nicht immer so leicht, wie wir das in einem kontinentalen und geordneten Staatswesen gewohnt sind. Aber ein bestimmtes Verlangen an die englische Regierung zu stellen, dazu fehlt uns die vertragmäßige Berechtigung; sie bewegt sich nach ihren eigenen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Interessen der Niger Company und dem dortigen Handel gegenüber, soweit die englische Interessensphäre mit unserer Zustimmung abgegrenzt ist. Wir würden, wenn wir eine Einmischung in diese innere großbritannische Angelegenheit versuchen wollten, dadurch

doch eine gewisse Gegenseitigkeit provozieren, die auch unsere unabhängige Bewegung in unseren eigenen Kolonien beeinträchtigen könnte. Das Auswärtige Amt hat schon mehrere Jahre hindurch Gelegenheit gehabt, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf das mit den sonstigen liberalen Grundsätzen der englischen Handelspolitik schwer zu vereinbarende Vorgehen der dortigen Niger Company zu lenken. Die Korrespondenz darüber reißt nicht ab, und ich werde auf die Anregung des Herrn Vorredners gern Gelegenheit nehmen, sie zu erneuern.

Wenn der Herr Vorredner also mir darin sekundieren wollte, daß er in der Presse und — wenn er dort bessere Verbindung hat als ich — namentlich in der englischen Presse Beistand sucht für diese Gelegenheit. Eine Zeitungsstimme findet dort oft mehr Gehör als die eines auswärtigen Gesandten, von dem man doch annimmt, daß er mehr die eigenen Landesinteressen als wie die englischen wahrnimmt. Aber es ist, wie ich eingangs bereits bemerkte, ganz zweifellos, daß sehr viele Engländer, alle die nicht der Niger Company angehören, mit unseren kameruner Ländern ein identisches Interesse haben; und wenn dort auf Grund kaufmännischer Beziehungen und Korrespondenzen eine Gemeinschaft hergestellt werden könnte, so können deren Bemühungen auf die Beihilfe der deutschen Botschaft in England und des Auswärtigen Amts stets mit Sicherheit rechnen, und wir brauchen deshalb die Sache nicht von neuem anzufangen. Es ist Gegenstand langjähriger Korrespondenzen und Beschwerden unsererseits gewesen, und ich bin dem Herrn Vorredner doch dankbar, daß er uns einen neuen Anstoß in der Beziehung gegeben hat.

Sodann sprach sich Abgeordneter Richter für Beschränkung, womöglich Verbot der Branntweineinfuhr in den westafrikanischen Schutzgebieten aus und vermischte in den für diese erlassenen Gesetzen und Verordnungen jede Andeutung über das dort, wie es scheint, noch geduldeten Institut der Sklaverei. Fürst Bismarck fühlte sich hierdurch zu nachstehender Aeußerung bewogen:

Aus dem zuletzt von dem Herrn Vorredner berührten Thema entnehme ich die Neigung desselben, weit größere Ausgaben für die koloniale Politik zu machen, als das Reich bisher von dem Reichstag zu fordern gewagt hat. Er hat eine Frage berührt, die den Engländern seinerzeit nur in Jamaika 20 Millionen Pfund Sterling, 400 Millionen Mark, gekostet hat, d. h. den Freikauf der Sklaven, die Aufhebung der bestehenden Sklaverei, des Eigentumsrechts des Menschen am Menschen. Bei dem Gerechtigkeitsfönn, der den Herrn Abgeordneten in allen seinen Aeußerungen auszeichnet, kann ich mir doch nicht denken, daß er voraussetzt, wir sollen per Ukas, und ohne die Hand in die Tasche zu stecken, dieses Verhältnis plötzlich lösen. Damit würden wir alle die Hunderte von Millionen, die noch von und in der Sklaverei leben und beiderseits an ihr festhalten, weil der Sklave verhungert, wenn er aufhört es zu sein, — damit würden wir alle diese Hunderte von Millionen von Hause aus gegen uns in derselben Weise aufbringen, wie das heute mit den arabischen Sklavenhändlern auf der Ostküste der Fall ist. Wenn das die Absicht des Herrn Abgeordneten gewesen ist, den Zunder weiter hinein zu werfen in das Land durch die Anregung dieser Frage, durch die Aufstellung der Möglichkeit, daß durch einen solchen Gewaltstreich ein Verhältnis gelöst werden könnte, das seit Jahrtausenden dort einheimisch ist, ohne irgend eine Entschädigung, ja, dann begreife ich seine Rede. Aber

ich kann mir nicht denken, daß der Herr Abgeordnete sympathisieren sollte mit dem Aufheben alles Ausländischen gegen das Deutsche Reich und gegen unser deutsches Vaterland, wie wir es heutzutage in der Presse, die sonst ihn zu unterstützen pflegt, in der fortschrittlichen und freisinnigen Presse, nach allen Seiten hin zu spüren haben. Wo man irgend etwas ausfindig machen kann, einen Stein, den man in den Garten des Reichs werfen kann, wo man irgend einen fremden Intriganten oder Reichsfeind bemerkt, den man unterstützen kann, da greift man mit beiden Händen zu (Beifall rechts) und ist begeistert, wenn man einen Vorwurf findet, dem eigenen Vaterlande irgendwie Unannehmlichkeiten und Verlegenheiten zu bereiten. (Sehr wahr!) Von dieser Tendenz spreche ich den Herrn Abgeordneten ja ganz frei, denn sonst hätte er ja das Mandat zum Reichstag nicht angenommen; und nur um zwischen ihm und dieser reichsfeindlichen vaterlandslosen Presse eine breite Scheidewand zu ziehen, habe ich in diesem Sinne das Wort ergriffen. (Bravo!)

Nachdem hierauf der Abgeordnete Woermann die von Richter aufgestellten Behauptungen als auf Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse beruhend bestritten hatte, kam der letztere in neuer Erwiderung auch auf die Aeußerungen des Reichskanzlers zurück. Er begrüßte dessen Ansichten über die Schwierigkeiten einer Abstellung der Sklaverei in Kamerun, um daraus sofort eine Waffe gegen die künftige ostafrikanische Vorlage zu schmieden. Dann verteidigte er die Presse seiner Partei gegen den Angriff des Fürsten Bismarck; die Freisinnigen seien stolz darauf, daß es noch eine freie und unabhängige Presse in Deutschland gebe, die sich nicht scheue, auch dem mächtigsten Mann in Europa die Wahrheit zu sagen; dagegen habe die offiziöse Presse sich die Mißachtung aller anständigen Leute im In- und Auslande erworben. Fürst Bismarck replizierte:

Ich habe schon zu Anfang bemerkt, daß es nicht meine Absicht ist, heute auf Diskussionen der kolonialen Frage einzugehen, und ich bin nur incidenter genötigt worden, einige auf diesem Gebiet liegende Bemerkungen zu relevieren und mich darüber zu äußern. Ich wiederhole, daß eine Vorlage über die Kolonialsache im Bundesrat vielleicht in diesem Augenblick schon vorliegt oder morgen vorliegen wird, und daß Sie dort Gelegenheit haben werden, alle Ihre Abneigungen gegen kolonialisatorische Bestrebungen des Breiteren kund zu geben. Ich möchte ungern zweimal in dieselbe Debatte eingehen und lasse mich deshalb auf die eigentliche koloniale Seite der heutigen Diskussion nicht ein.

Nur über die Sklavereifrage und die letzte Aeußerung, die der Herr Abgeordnete Richter darüber that, bemerke ich noch, daß wir es nicht für richtig halten, wie er es für richtig erklärt, diese Frage bei der Freilassung der außerhalb unserer Gebiete in Sklaverei Lebenden anzufangen; wir halten es für richtig, dabei anzufangen, daß wir nach Möglichkeit verhindern, daß noch mehr freie Leute in den Stand der Sklaverei gebracht werden, als bisher (sehr richtig!), daß der Stand der Freien sich nicht vermindere, der Stand der Sklaven sich nicht vermehre.

Das Ganze ist eine Frage, die nicht in einem Jahr, auch nicht in einem Jahrzehnt erledigt werden kann, und mit der unsere Nachfolger sich noch beschäftigen werden. Ich erinnere Sie, daß die Frage des eigentlichen Negerhandels im englischen Parlament — wenn ich nicht irre, von den Quäkern — schon im Anfang des vorigen Jahrhunderts zur Sprache gebracht worden ist, daß Wilberforce und andere forces, jetzt gerade vor einem

Jahrhundert, zuerst die amtlichen Anträge darüber im englischen Parlament gestellt haben. Seitdem sind also hundert Jahre emsiger, wenigstens von englischer Seite recht emsiger und aufrichtiger Arbeit notwendig gewesen, um diese Frage, eigentlich doch nur um ein Mäßiges, vorwärts zu schieben. In Amerika hat die Sklaverei nominell aufgehört, zuletzt auch in Brasilien, in Brasilien aber doch erst im vorigen Jahre, und so kann ja auch der Moment in Zukunft gedacht werden, wo sie in Afrika verschwunden sein wird, wenn dort erst Ruhe und Frieden auch im Innern eingetreten sein werden. Aber wollte man dies vom Dienstag auf den Donnerstag herbeiführen oder gar schon als fertig vorhanden ansehen, dann würde man in denselben Fehler verfallen, in den einige unserer Träger der kolonialisatorischen Bestrebungen verfallen sind, indem sie die Stellung von Distriktskommissarien an der Küste wilder Völkerschaften so angesehen haben, als wenn es sich dabei um etwas Aehnliches handelte wie bei der Entsendung eines Landrats nach Brandenburg oder Teltow, als ob der Kommissar dort alles vorfinden würde, was erforderlich wäre, um ihm Gehorsam zu verschaffen. Das nenne ich eben die Woche mit dem Sonnabend anfangen oder das Ziel und das Ergebnis, das durch mühsame und langjährige Arbeit zu erreichen ist, vorweg nehmen wollen. So ist die Sache nicht; unsere ganzen kolonialen Unternehmungen sind nicht auf einen Nutzen in 3 bis 4 Jahren berechnet, die seit dem ersten Anfang verflossen sind, sondern Sie können sie allenfalls vergleichen mit der Mutung eines Bergwerks, das man nicht sofort in vollen Angriff nehmen kann, für welches man aber doch dem Erben sichere Grenzen, die von anderen Mächten nicht

mehr übertreten werden, übermacht; — oder ein Beispiel, das uns näher liegt, — wie wenn jemand in Lichterfelde oder dort, wo die Baulust sich hinbegibt, vor 30 Jahren sich ein Grundstück erworben hat und den Besitztitel liegen läßt, bis die Zeit kommt, wo er das Grundstück bebaut oder vorteilhaft verwertet.

Wir sind — und namentlich die öffentliche Erwartung ist in der ganzen Kolonialfrage vielleicht etwas zu rasch gegangen; — — aber ich komme unwillkürlich hinein in das, was ich heute nicht sagen will.

Was Herr Richter über meine Stellung zur Presse bemerkt, — so bin ich ja ganz seiner Meinung, daß wir eine freie unabhängige Presse bei uns brauchen; aber ob die Presse, die ich meine, wirklich den Namen verdient, eine freie und unabhängige zu sein, das wird der Abgeordnete Richter vielleicht genauer wissen als ich. (Heiterkeit rechts.) Ich halte sie gerade für eine abhängige und in ihren Redaktionen von Furcht und Sorge, von anderen Einflüssen als den kanzlerischen bis zu einem gewissen Grade geknechtete Presse; ich halte sie nicht für unabhängig und frei. Er verlangt, daß eine solche Presse immer im stande sei, die Wahrheit zu sagen; das ist aber gerade das, was ich ihr vorwerfe, daß sie die Wahrheit nicht sagt. (Heiterkeit. — Bravo! rechts.)

Für das südwestafrikanische Schutzgebiet, das einst von Lüderik in Besitz genommene Angra Pequena nebst Namaqualand, ward eine Erhöhung der Verwaltungsausgaben um 51 000 Mark verlangt. Ein englischer Eindringling Namens Lewis hatte daselbst den Häuptling Kamaherero bewogen, die mit einer deutschen Minengesellschaft abgeschlossenen Verträge für ungiltig zu erklären. Die allzu schwache deutsche Schutztruppe sollte nunmehr angemessen verstärkt werden, um den rechtlichen Zustand wieder her-

zustellen. Auf diese Verhältnisse ließ sich Abgeordneter Bamberger in längerer Rede kritisch ein. Er schilderte das südwestafrikanische Schutzgebiet als völlig wertlos, drückte sich über die Rechte der deutschen Minengesellschaft höchst zweifelhaft aus und verlangte Aufklärung darüber, ob man die Absicht hege und imstande sei, dort mittelst Waffengewalt durchzubringen. Deutschen Patriotismus zu bewähren, habe man jetzt in Europa genug zu thun; aber für jeden beliebigen Einfall irgend eines Kolonialunternehmers mit deutschem Geld und Blut einzustehen, das verbiete Verstand und Gewissen. Hierauf sagte der Reichskanzler:

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten auf seine letzten Worte erwidern: wer patriotischen Sinnes ist, der nimmt nicht gerade öffentlich gegen die Regierung seines Landes Partei in einer Frage, über die sie im Augenblick in entscheidenden Unterhandlungen mit der mitbetheiligten ausländischen Regierung steht. (Lebhaftes Bravo rechts.) Und der Herr Vorredner hat uns in den Verhandlungen, in den Verhandlungen, in denen wir augenblicklich mit England über Südwestafrika stehen, auf das erheblichste geschädigt, — und wenn sie mißlingen, mache ich ihn dafür verantwortlich. (Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner ist der Meinung gewesen, daß erst bei der ersten Uebnahme zur Zeit des Holländers, dessen Namen ich vergesse, und den er eben nannte — der erste Mutter dieser Konzession (Zuruf), — Lüderik — daß es da in dem ersten Programm unserer Kolonialpolitik gelegen hätte, auf die Sache einzugehen und die Bemühungen dieses thätigen Reichsangehörigen — er war kein Holländer von Geburt, er sprach aber vorwiegend holländisch — zu schützen und zu decken. Nun gut, wie haben sich seitdem die Dinge gestaltet? Ich will nicht, wie Herr Woermann vorher dem Herrn Abgeordneten Richter, so jetzt dem Abgeordneten Bam-

berger Unbekanntschaft mit den Dingen, über die er gesprochen hat, vorwerfen, und Unwissenheit in den Dingen, die er hier öffentlich verhandelt. Ich bin auch gar nicht im stande, ihm vollständig, ohne die Interessen der Beteiligten zu schädigen, klar zu legen, wie die Sache liegt. Ich kann ihn darauf hinweisen, daß gerade diese Kolonie und ihre Hoffnungen sich in den letzten Jahren günstig und für die Zukunft versprechend entwickelt haben, und daß wir, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, diesen englischen Einbruch in die deutsche Rivalität gar nicht zu befürchten gehabt hätten. (Hört! hört! rechts.) Um nichts, um eine Sandbüchse, wie das geschildert ist, laufen die Engländer nicht hunderte von Meilen über Land, mit Waffen und Pferden, um Verabredungen anzusechten, die wir mit der englischen Regierung früher getroffen haben. Daß da etwas dahinter steckt, was des Schutzes des Reichs für unsere Interessen wert ist, das hätte der Herr Abgeordnete schon aus der Expedition von Lewis, die ihm bekannt zu sein scheint, entnehmen können. Er scheint aber anzunehmen, daß die Engländer und Aventuriers, wie dieser Lewis, dumm genug sind, um dieser Sandbüchse nachzulaufen, vor deren Besitz er das Deutsche Reich warnt und davon abzuschrecken sucht. Das ist ein Mangel an Kombinationsgabe und Ueberlegung, wie ich solchen bei dem Herrn Vorredner bis jetzt nicht gewohnt bin. (Bravo! Heiterkeit.) Um nichts reiten die Leute nicht viele Meilen über Land mit Gewehren und suchen da im Widerspruch mit internationalen Abmachungen alte angebliche Konzessionen wieder heraus, um sie den Deutschen wieder streitig zu machen.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt: mit der Gewalt

und mit der Exekution des Gesetzes ist dort nichts zu machen, das mag ja allerdings richtig sein, obschon ich das doch nicht so unbedingt zugeben möchte. Wenn sich die Aussichten bestätigen, welche diese und andere Gesellschaften dort haben, so weiß ich nicht, warum sie nicht die 17 bewaffneten Leute von Lewis mit 170 bewaffneten Eingeborenen, die sie dort mieten und organisieren, und mit dem Bündnis derjenigen Stämme, die dem wandelbaren Kamaherero nicht ganz wohlwollend gesonnen sind, wieder herauswerfen sollten. Das kommt ja in den Kolonien oft vor. — Ich werde unwillkürlich trotz meiner wiederholten Weigerung genötigt, auf diese Kolonialdebatte, in der wir heute nicht stehen (Weiterkeit rechts), einzugehen, weil ich Unwahrheiten und Irrthümern, wie sie in der Rede des Herrn Vorredners zu finden sind nicht drei bis vier Wochen Vorsprung oder auch nur vierzehn Tage in der Diskussion, in der öffentlichen Meinung lassen will. Glaubt denn der Herr Abgeordnete, daß wir im Auswärtigen Amt so einfältig und so verschwenderisch sind, daß, wenn wir uns überzeugt hätten, es sei wirklich nichts anderes als die Sandbüchse da, daß wir dann dem Reichstag zumuten sollten, in dieser Wüste noch einen Beamten festzunageln und dort noch —, ich weiß nicht gleich, wie groß die Summe ist — aber auch nur 10 Mark weiter hinauszumwerfen? Das ist doch eine Geringschätzung unserer Einsicht und unserer Ehrlichkeit, die wir in der That nicht verdienen in der mühseligen Arbeit, die wir uns in diesen Kolonialfragen machen. (Sehr richtig! rechts.) Was hat denn das Auswärtige Amt, was haben wir denn davon, ob dort Kolonien sind oder nicht? 5000 Nummern alle Jahre mehr, die mir allein auf den Leib geschrieben werden, die ich allein

zu erledigen habe! Etwas anderes habe ich nicht von der Sache! Und dann redet man hier in der Voraussetzung, als hätten wir in Leichtfertigkeit, und ich weiß nicht, aus welchen Gründen, gehandelt.

Der Herr Abgeordnete Richter hat den Schnaps berührt. Ich habe mich gefreut, daß er jetzt mit einem Male teuren Schnaps für eine Wohlthat für die Bevölkerung hält — allerdings nur für die Neger; warum will er denn diese Wohlthat nicht auf seine Landsleute anwenden, auf den Schnaps des armen Mannes? Den kann er nicht billig genug bekommen. (Heiterkeit rechts.) Und auch die Unmäßigkeit in Bier, wie sie in unserer nächsten Umgebung nicht selten ist, verdient die gleiche Aufmerksamkeit, wie die der Neger in Kamerun.

Ich begreife nicht, wie man seine Wohlthaten so weit nach Afrika verschleppen kann, wenn man hier unmittelbar vor dem Halleschen Thor die beste Anwendung davon machen könnte. (Heiterkeit. Bravo! rechts.)

In Bezug auf die Kamaherero-Frage möchte ich nur mitteilen, daß wir mit England früher durch einen Notenaustausch eine Abmachung getroffen haben, nach welcher England den 20. Längengrad als die Grenze seiner Kapbesitzungen ansah:

will extend to the 20th meridian of East Longitude and will be bounded on the North by the 22nd parallel of South Latitude.

Ähnliche Noten haben wir geschrieben. Wir haben also die Hoffnung, bei dem uns befreundeten England Beistand gegen die Invasion dieses räuberischen Einfalles von Lewis zu finden. Das wird langsam wirken, ehe man in London den Einfluß geltend machen kann, ehe von dort auf die Kapregierung und von der Kap-

regierung auf Lewis eingewirkt wird; — aber mit dem Telephon laſſen ſich dieſe Dinge überhaupt nicht abmachen in den entlegenen Kolonien, daſ wird Zeit gebrauchen; wir ſind jedoch deſ feſten Vertrauens, daſ die engliſche Regierung daſ Unternehmen von Lewis nicht billigen und nicht unterſtützen werde. Er mag in der Zwischenzeit, die wir nicht abkürzen können, dort wohnen und ſiedeln, wie er will, eſ bleibt nominell und rechtlich deutſches Gebiet, auf daſ wir demnächſt doch die Rechte haben werden. Die Sache entſcheidet ſich aber nicht an Ort und Stelle, weil die Geſellſchaft nicht im ſtande iſt, ſie zur Entſcheidung zu bringen, ſondern ſie wird in freundschaftlichen Verhandlungen zwiſchen unſ und England zur Entſcheidung gebracht werden müſſen. Wenn aber hier von hervorragenden Abgeordneten im deutſchen Reichſtag unſere ganze Exiſtenz dort alſ wertloſ, die Verträge alſ ſehr zweifelhaft geſchildert werden, die überhaupt abgeſchloſſen ſind, mit welcher Wirkung ſoll ich denn den engliſchen Unterhändlern gegenübertreten? (Sehr richtig! Sehr wahr! rechts.) Die Engländer halten daſ Land nicht für wertloſ, aber ſie werden daſ Zeugniſ deſ Herrn Abgeordneten Bamberger anführen, daſ davon gar nichts zu halten iſt, und daſ ſelbſt dieſer deutſche Patriot (Heiterkeit rechts) ſchon zur Sprache gebracht hat, daſ der Beſiſ ſehr zweifelhafter Natur ſei und auf ſehr anfechtbaren Verträgen ruhe. Meine Herren, wenn ſie dem Vaterlande durch Ihre Reden im Reichſtage keine wirksamere Unterſtützung gewähren, alſ diejenige, welche ich für die ſchwebenden Unterhandlungen aus den Aeüßerungen deſ Herrn Abgeordneten Bamberger ſchöpfen kann, dann würde ich Ihnen wirklich ſehr dankbar ſein, wenn ſie ſich in ſolchen Fragen vor-

her mit mir besprächen; ich würde vielleicht ihnen ein Rendezvous geben auf spätere Zeit, wenn unsere Verhandlungen mit England zu Ende sind oder abgeschlossen sind; vielleicht würden sie dann äußerlich mir zugeben, daß die Landesinteressen augenblicklich Schweigen erfordern, und sie würden das, was Sie an Feindschaft gegen die Regierung anzubringen haben, vielleicht auf anderem Gebiet als auf parlamentarischem anbringen; das traue ich Ihnen zu. (Bravo! rechts.)

Bamberger entgegnete gereizt, die Geheimnisse, die er verraten haben solle, stünden längst in allen Zeitungen. Sich dem Reichskanzler privatim zu nahen, dazu könne man keine Lust mehr haben; man sei nicht sicher, welches Entgegenkommen man da erfahren würde. Fürst Bismarck möge sich des Ausspruchs erinnern, den er kürzlich gethan, als ihm die Gießener Fakultät die Würde eines Doktors der Theologie erteilt, daß er immer mehr lerne, auch die Meinungen anderer Leute zu achten, die nicht dächten wie er. Alles, was in den letzten vier oder fünf Jahren, seitdem die Kolonialpolitik inaugurirt worden, geschehen sei, gebe mehr ihm, dem Redner, Recht, als dem Reichskanzler. Fürst Bismarck versetzte darauf:

Der Herr Vorredner hat die Gewohnheit, durch eine kleine Verschiebung dessen, was ich gesagt habe, (Zuruf links: nein!) sich meine Aeußerungen schußgerecht zu bringen, Dinge zu widerlegen, die ich nicht gesagt habe, und Dinge mit Emphase zu behaupten, die ich gar nicht bestritten habe. Das ist die gewöhnliche Taktik, auf die ich mich mit ihm bereits seit Jahren habe einlassen müssen. Er hat an meine Duldsamkeit als Gießener Doktor der Theologie appellirt und hat gesagt, ich behauptete, je älter ich würde, desto besser verstände ich die abweichenden Meinungen. Ja, ich verstehe auch die des Herrn Abgeordneten und die Gründe, aus denen er

und ſeine Freunde ſo ſprechen, ich verſtehe ſie vollkommen und durchſchaue ſie biß auf den Grund der Seele; daran fehlt eß nicht. Soll ich nun gegen Sie duldsam ſein, wenn ich finde, daß Sie die Interereſſen deß Landeß, zu deſſen Vertretung ich an erſter Stelle berufen bin, hier ſchädigen? Daß können Sie nicht verlangen; ſonſt würde ich alß Doktor der Theologie mit meiner Ehre und mit meinem Gewiſſen zu kurz kommen. Soweit kann meine Duldsamkeit nicht gehen, daß ich zulaffe, daß unwiderlegt, in einem Augenblicke, wo wir mit dem Auslande verhandeln, die Rechtstitel, auf die wir unß berufen, alß zweifelhaft und dürſtig von einem Parlamentsredner öffentlich dargeſtellt werden (Widerſpruch links), nota bene von einem deutſchen Parlamentsredner, nicht von einem engliſchen. Daß hat der Herr Abgeordnete in ſeiner Erwiderung vollſtändig verſchwiegen. Er hat eine Maſſe ſarkastiſcher und bitterer Bemerkungen über die diplomatiſche Geheimnißkrämerei gemacht. Da hat er einen Feind an die Wand gemalt, der ich nicht war, und der mir nicht ähnlich ſah; er hat auf einen gemalten Grenadier nach der Scheibe geſchoſſen und nicht nach mir. Ich habe ja gar keine Geheimnißkrämerei gemacht; ich habe nur geſagt, ich bin an dieſer Stelle und heute nicht berechtigt, daß große Intereſſe kund zu geben, daß die deutſchen Unternehmer an dieſer Sache haben. Mir iſt nun inzwiſchen ein Novißimum zugefertigt worden, worin dieſeß Intereſſe ſchon in dem öffentlichen Drucke bekundet wird. Dieſe Rückſicht fällt alßo für mich, — und ich werde Ihnen mittheilen, waß hier ſteht. Aber dem Herrn Abgeordneten möchte ich doch zu erwägen geben, daß er trotz ſeiner ſonſtigen Sagazität und Scharffſichtigkeit darüber andere Leute nicht in einen Irrtum in-

duzieren wird, daß, wenn er in einen Augenblick, wo wir mit England verhandeln und behaupten, wir haben einen gültigen und guten Vertrag mit Kamaherero, daß, wenn der sachkundige Abgeordnete Herr Bamberger, der von den Kolonien, wie der Erfolg gezeigt hat, mehr versteht, als die ganze Reichsregierung, öffentlich behauptet, das sei ein ganz dürftiges und ganz zweifelhaftes Aktenstück — — (Unterbrechungen.) — Ich be- rufe mich auf den stenographischen Bericht, wenn er nicht inzwischen geändert wird, daß der Herr Abgeordnete das Aktenstück, in dem alle unsere Ansprüche in Eng- land verfochten werden, hier vilipendiert und als null und nichtig hingestellt hat, — das gar keinen Wert hätte. Wenn das richtig ist, wenn das von deutschen Advokaten anerkannt wird, dann kann ich dem deutschen Botschafter in England gleich telegraphieren: „Lassen Sie die Sache fallen, der Abgeordnete Bamberger will sie nicht, also lassen Sie es sein.“ (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ferner das ganze Objekt als ein wertloses wiederholt dargestellt. Dadurch macht er die Gesellschaft ja kreditlos, und das ist doch auch keine nützliche und patriotische Bestrebung, wenn er hier lediglich, um zu zeigen, daß er vor vier Jahren Recht gehabt hat, jetzt den Kredit dieser Gesell- schaft und ihre Hoffnungen, nach allem, was er dazu beitragen kann, gänzlich zu zerstören und zu vernichten sucht. Das, sage ich, ist unpatriotisch. Ich würde mich durch keine Leidenschaft des Hasses gegen irgend einen Minister fortreißen lassen, unter höflichen honigsüßen Phrasen dergleichen Bosheiten in die Welt zu schicken. (Bravo rechts.)

Also mir ist hier ein Bericht der südwestafrikanischen

Kolonialgeſellſchaft als gedruckt übergeben, von dem ich glaubte, er exiſtierte biſher nur in unſeren Akten. Da iſt geſagt:

Das Syndikat hat Ende März l. J. eine unter Führung des Herrn Dr. Gürich aus Breslau ſtehende bergmänniſche Expedition nach Südweſt-afrika ausgeſandt, welche gleichzeitig mit unſeren damals abgereiſten Beamten in Walfiſchbai ange- langt iſt und ſich von da in das Innere des Landes begeben hat.

Auch von anderer Seite ſind Unternehmungen, welche die Ausbeutung der Mineralſchätze des ſüdweſtafrikanischen Schutzgebietes zum Zwecke haben, ins Leben gerufen worden. Das Mitglied unſeres Verwaltungsrats, Herr L. von Lilienthal, hat, wie uns berichtet wird, von den australiſchen Diggers und A. Ohlſon in Kapſtadt einige An- teile an dem oben erwähnten Australian-Pro- specting-Syndicate erworben und mehrere Per- ſonen zur Vertretung ſeiner Interellen nach Südweſtafrika geſchickt.

Der Bergingenieur Herr Scheidtweiler aus Köln hat ſich ebenfalls nach dem Schutzgebiete begeben, und zwar, Zeitungsnachrichten zufolge, als Vertreter eines in Köln angeblich gebildeten Syndikats.

Wie durch die Zeitungen ferner bekannt ge- worden, iſt unter dem Namen „Deutsch-afri- kanische Minengeſellſchaft“ ein Unternehmen ge- gründet worden, welches eine Expedition unter Führung des Herrn Dr. Bernhard Schwarz nach Südweſtafrika abgeſandt haben ſoll.

Wir können nur wünschen, daß das gleichzeitige Auftreten dieser verschiedenen Unternehmungen im südwestafrikanischen Schutzgebiete eine gründliche und möglichst erfolgreiche Durchforschung des Landes nach wertvollen Mineralien zur Folge hat.

Diese Durchforschungen haben stattgefunden und haben so günstige Ergebnisse geliefert, daß der Unternehmungsgeist der beteiligten Herren dadurch wesentlich belebt ist. Das kann ja ein Irrtum sein, es können Mißspekulationen eintreten; nehmen Sie aber an, daß die Spekulation richtig ist: hat das Deutsche Reich, hat Herr Bamberger irgend ein Interesse sachlicher oder politischer Natur, die Leute in der Entwicklung ihrer Hoffnungen zu hindern und uns unsere Stellung bei der Vertretung dieser Hoffnungen dem Auslande, England gegenüber zu erschweren durch seine Rede, durch die Anfechtungen der Rechtsunterlagen, auf denen sich das Recht dieser Leute gründet?

Weiter heißt es:

Die Aufnahme in den Weltpostverein wird gewünscht. Die infolge des Berggesetzes getroffenen neuen Einrichtungen einer Bergbehörde und einer Schutztruppe legen der Gesellschaft außerordentliche Aufwendungen auf. Die Kosten sind für die Zeit bis zum 31. März k. J. für die Bergbehörde auf ca. 80 000 Mark, für die Schutztruppe auf ca. 70 000 Mark veranschlagt.

Also für diese wertlose Sandwüste des Herrn Bamberger wendet die Gesellschaft tüchtige Summen Geldes auf, viel erheblichere als hier vom Reich dafür gefordert werden. Es sind kaufmännische Unternehmer. Daß diese

ſo ganz leichtfertig dabei verfahren, kann ich doch nicht annehmen! Keinesfalls iſt es Aufgabe des Reichs, ſie in der Verfolgung ihrer Aufgaben zu ſtören und zu hindern.

Ein Urtheil darüber, ob dieſe Vorausſetzungen zutreffen, läßt ſich heute mit dieſem Bericht noch nicht gewinnen.

Herr Bamberger hat es ſchon gewonnen, aber die Unternehmer ſelbſt noch nicht.

Das wird genügen. Dieſe Sache exiſtiert im Druck. Ich will Sie mit der weiteren Verleſung nicht ermüden. Aber die Hoffnungen, die die Leute haben, ſchneiden wir ihnen vollſtändig ab, wenn bei uns von ſo gewichtiger und amtlicher Seite, wie bei einer Debatte des Reichstags, die Rechtsanſprüche, die die Reichsregierung in London geltend machen will, als hinfällig und zweifelhaft und unbedeutend dargeſtellt werden.

Ich glaube, damit doch die von mir angefochtenen Aeüßerungen aus der erſten Rede des Herrn Bamberger ſoweit feſtgenagelt zu haben, daß ſie für die Dauer erkennbar ſein werden, und auch die Schädigung, die uns daraus erwachſen wird.

All den Nebel über die Sache, den die zweite Rede verbreitet hat, all die Invektiven über die diplomatiſche Geheimniſſkrämerei und alle Behauptungen, die mir in den Mund geſchoben worden ſind, ohne daß ich ſie je gemacht habe, will ich übergehen. Ich habe mir einige davon notiert, aber es iſt zu ſpät, um Sie mit der Wiederholung und einer weiteren Breittretung dieſer ſilbenſtehenden Diſkuſſion zu ermüden, und deſhalb ſchweige ich. (Bravo!)

Bamberger gab dem Reichskanzler den Vorwurf der Unterſchiebung zurück. Ueber Englands Verhalten und diplomatiſche

Verhandlungen mit England habe er selbst kein Wort gesprochen. Unermüdlich entgegnete Fürst Bismarck:

Der Herr Abgeordnete hat mir diesmal untergeschoben, ich hätte ihm vorgeworfen, er hätte von England geredet. Ich habe gar nicht gehört, daß er von England geredet hat, und habe es ihm auch nicht vorgeworfen. Ich habe von England in keinem anderen Sinne gesprochen, als daß ich von dem Gerechtigkeits-sinn und der Freundschaft Englands hoffte, daß wir diese Sache ruhig beilegen würden, die er mit unzarter Hand berührt hatte, ohne sie zu kennen und ohne davon zu wissen.

Das einzige punctum saliens meiner Aeußerungen und Vorwürfe, das ich scharf accentuiert hatte, hat er sorgfältigerweise auch dieses Mal umgangen und ist ihm ausgewichen: das ist die Thatsache, daß er die Besitztitel unserer Landsleute als wertlos und zweifelhaft behandelt und dadurch ihre Beweiskraft in den Verhandlungen, in denen wir mit England stehen, abgeschwächt, wenn nicht vollständig vernichtet hat. Sie werden mir in England sagen: Ihr Landsmann, Ihr Freund, der patriotische Abgeordnete Bamberger hat ja selbst gesagt, das Papier sei nichts wert; warum wollen Sie das vertreten?

Warum ist der Herr Abgeordnete bei seinem dreimaligen Wiederwortergreifen auf diesen Vorwurf gar nicht zurückgekommen? Das möchte ich ihm doch zu Gemüte führen.

Er hat außerdem das ganze Object als ein so wertloses behandelt, daß die Engländer sagen werden: mein Gott, wenn Sie um solche Sandbüchse, wie Herr Bamberger sie ja kennt, mit uns streiten wollen, dann ist uns Ihre Freundschaft auch nicht viel wert; um solcher

ganz wertlosen Sachen wollen Sie von uns noch Konzessionen erpressen!

Er hat außerdem in Aussicht gestellt, daß unsere ganzen kolonialen Unternehmungen überhaupt so gut wie mißlungen wären, daß wir das Fiasko gemacht hätten, daß er vorausgesagt hätte. Ja, meine Herren, so leicht eingeschüchtert ist, Gott sei Dank, der deutsche Nationalcharakter im ganzen nicht, daß er durch einzelne Mißgriffe, Irrungen, Opfer in den einmal begonnenen Kolonialbestrebungen sich abschrecken läßt. Aber es ist doch nicht nützlich, den Engländern einzureden, daß wir so leicht abzuschrecken wären, und daß wir nun ermüdet und abgeschreckt wären durch das, was wir seit vier Jahren überhaupt unternommen haben. Ich halte es nicht für nützlich, das in der Deffentlichkeit und namentlich England gegenüber zu behaupten.

Denken Sie doch an die Geschichte der holländischen Kolonien! Wie groß sind die gewesen! Welche ups and downs haben die gehabt! Sie haben Ostindien gehabt, sie haben Brasilien gehabt und haben es verloren, sie haben auch heute noch eine Kolonialmacht, die viel schwerer wiegt an Einwohnerzahl und an Ausdehnung als das ganze Königreich der Niederlande. Da sehen Sie, daß germanische Zähigkeit schließlich doch zum richtigen Ziele kommt, auch wenn sie inzwischen Ceylon, Ostindien und Brasilien und die Kapstadt verloren hat; mancher ehrliche Holländer ist dabei erschossen und erschlagen worden von den Wilden, sowie von den ausländischen Feinden, mit denen sie zu kämpfen hatten.

Setzen nun die Herren, die Gesinnungsgenossen des Herrn Bamberger, bei der oberdeutschen Nation weniger Zähigkeit, weniger Tapferkeit, weniger Beharrlichkeit

voraus als bei der niederdeutschen, dann haben sie ganz recht, wenn sie nach den vier Jahren — wie heißt es in dem Märchen? — von dem Manne, der über Land gehen wollte und, nachdem er vor's Dorf gekommen ist, findet er es kalt und windig, und er kehrt um und kriecht wieder bei Muttern unter. (Heiterkeit.) Das ist das, was Sie dem deutschen Volke als Prognostikon in seinen kolonialen Bestrebungen aufstellen.

Aber ich kann da nur mit Genugthuung meine Sicherheit aussprechen, daß die große Majorität des Reichstags vom deutschen Volk und seiner Beharrlichkeit und seinen Bestrebungen — seinen nationalen — eine höhere und, ich meine, bessere Meinung hat als die Minderheit, die uns gegenübersteht. (Bravo!)

Abg. Richter kam seinem Parteigenossen Bamberger zu Hilfe. Ueber den Wert Südwestafrikas sprach er sich ebenso pessimistisch aus. Die Goldgräberei daselbst würde nur lohnen, wenn die Erze durch Stampfwerke bearbeitet werden könnten, wozu es aber an Wasser und Kohle fehle. Ganz außer Zweifel stehe, daß der Vertrag der deutschen Gesellschaft mit Kamaherero rechtsgiltig sei, doch scheine sich der Häuptling dabei frühere Uebertragungen, wie sie nun Lewis für sich behaupte, vorbehalten zu haben. Uebrigens sei der Reichskanzler in dieser Frage wohl nicht genügend unterrichtet; denn selbst der Zettel, den er vorgelesen, enthalte nur allbekannte Geschichten aus dem vorigen Frühjahr. Ein Parlament, das auf das Recht der Anfrage gegenüber neuen Geldforderungen verzichte, sei nicht wert zu bestehen. Woher nun plötzlich dieser erregte, häßliche Ton in der Debatte, dieser ewige Vorwurf des Mangels an Vaterlandsliebe auf seiten der Opposition? Es sei ja erklärlich, daß der Reichskanzler nach manchen Vorgängen in der letzten Zeit sich in gewisser Erregung befinde — eine böshafte Anspielung des Redners auf den Ausgang des Prozesses Geffcken und den Streit mit Sir Robert Morier —; auch möge es ihm, dem großen, mächtigen Manne, der meist nur mit Untergebenen zu verkehren pflege, nachgerade ungewohnt sein, in parlamentarischer

Diskussion seine Ansicht zu vertreten. Man müsse das, wie so vieles, einem so großen und um Deutschland so verdienten Manne nachsehen; aber alles habe zuletzt seine Grenze. Des weiteren berührte der Redner auch noch den Aufstand, der in Samoa gegen die Deutschen stattgefunden, und wünschte ein Weißbuch über die dortigen Ereignisse vorgelegt zu erhalten. Fürst Bismarck bezahlte diese Rede mit einer ebenso ironischen Antwort:

Der Herr Abgeordnete Richter hat sich über meine Erregtheit gewundert und hat sie mit anderweitigen Vorgängen in Verbindung gebracht — mir sind solche nicht bekannt —, die mich hätten aufregen können. Aber ich kann dem Herrn Abgeordneten versichern, daß diese Verwunderung eine vollkommen gegenseitige ist. Ich habe mich über die Erregtheit des Herrn Abgeordneten Richter noch viel mehr gewundert und, ich glaube, mit viel mehr Grund; denn wenn wir unsere beiderseitigen Beschäftigungen vergleichen: der Herr Abgeordnete Richter hat nichts weiter auf der Welt zu thun, als die Kritik an der Regierung und meiner Person; mir liegen eine ganze Menge verantwortlicher Geschäfte in meinem vier- undsiebzigsten Jahre seit 26 Jahren ob, die mich wohl aufregen können, um so gewissenhafter ich sie betreibe, und um so mehr mir an einem für das Land und für meinen Kaiser günstigen Ausfall dieser Geschäfte liegt. Der Herr Abgeordnete Richter ist niemand verantwortlich; ich begreife nicht, warum er sich so aufregt über eine Vermehrung der Polizeimacht in Südwestafrika. Ist das wirklich der Grund für einen so berühmten Mann, großen Redner und Selbstherrscher der demokratischen Partei, sich in eine solche Aufregung zu bringen, daß er sagt, und das mit einer Tonart, die das Maß der inneren Erregung noch mehr bekundet als die Worte, in denen er sich ausdrückt: wenn das Parlament das

Recht nicht mehr haben sollte, darüber auf die unbequemste Weise und ohne Rücksicht auf auswärtige schwebende Verhandlungen zu interpellieren, dann — ich weiß nicht, was er sagte — dann sind wir überhaupt nicht mehr wert, zu existieren. (Heiterkeit rechts.) Also so gering schlägt er den Reichstag an: man darf dem Reichstag nicht zumuten, die mäßige Schonung der Regierung gegenüber zu beobachten, die selbst die schärfste Opposition in anderen Ländern beobachtet! In England genügt es, wenn jemand sagt: wir verhandeln augenblicklich über die Sache, und ich lehne es ab, mich über die Sache auszusprechen; dann ist für den Augenblick die Sache tot, und man würde denjenigen für einen Feind Englands erklären, wenigstens halten, der dann den Angriff, auch wenn er der irischen Opposition angehörte, fortsetzte.

Wenn der Herr Abgeordnete Richter damit das Verhalten seiner Partei hier vergleicht, so kann er sich doch wohl darüber nicht beklagen, wenn von anderer Seite, und namentlich, wenn von meiner Seite, der ich verantwortlich bin für die Ergebnisse unserer Politik, sein Patriotismus, seine Reichsfreundschaft mindestens nicht so hoch angeschlagen wird, wie die der Mehrzahl seiner Kollegen hier — will ich sagen. Das ist ja ein sehr relatives Urteil, kann ihn auch nicht verletzen: denn ich schlage den Patriotismus der Mehrheit sehr hoch an und den des Herrn Abgeordneten Richter nicht ganz so hoch (Heiterkeit rechts), namentlich, wenn er in Konflikt kommt mit der Abneigung, die er meiner Person, meinem Ministerium, meiner Regierungsleitung seit zwanzig Jahren hier an dieser Stelle gewidmet hat. Dann streiten in ihm zwei dämonische Gewalten, die

eine die leidenschaftliche Liebe zum Vaterlande und die andere die Abneigung gegen den Reichskanzler. (Heiterkeit rechts.) Da trägt die erstere doch nicht immer den Sieg davon.

In jedem anderen Lande würde die Diskussion über diesen Punkt fallen gelassen worden sein; aber seitdem ich erklärt habe, daß mich das geniert, seitdem ich dem Herrn Abgeordneten Bamberger vorgehalten habe, daß das mir unbequem war, — da haben die Herren gefunden: aha, da hat die Regierung einen wunden Punkt, da wollen wir darauf reiben, das kann den Ausländern sehr günstig sein, da kann die Regierung Mißerfolg haben, und das wird uns einen unerhörten Spaß machen. (Bravo! Lebhafteste Heiterkeit rechts.) Dann wird triumphiert in allen freisinnigen Blättern: vollständige Niederlage des Fürsten Bismarck. Kurz und gut, vollständig nach der französischen Schablone, wie das in Paris und auch in gewissen russischen Blättern so Mode ist. (Bravo! rechts.) Aber ich gönne Ihnen das Vergnügen; ich würde mich auch nach der Ursache der Aufregung des Herrn Abgeordneten Richter nicht erkundigt haben, wenn er nicht bei mir dasselbe Leiden vorausgesetzt hätte. Ich kann ihm versichern, daß es bei mir nicht vorhanden ist; ich befinde mich in vollkommener Ruhe; es ist mir angenehm, mich mit ihm zu unterhalten. (Heiterkeit.)

Er hat ein Weißbuch über Samoa vermißt. Ja, meine Herren, das sind wir ganz bereit Ihnen vorzulegen, wenn nur erst die Berichte eingegangen sind. Telegramme bringen nur Bruchstücke von dem, was geschehen ist; Telegramme sind sehr teuer und gehen doch mit den Seefahrten, die sie durchmachen müssen, glaube ich, 14 Tage oder 3 Wochen. Die Berichte haben wir

also nicht, und sobald wir sie haben, werden wir ja unsere Maßregeln treffen können; auf Fragmente von Telegrammen hin kann man politische Entschlüsse nicht treffen. Aber dann sollen Sie auch Ihr Weißbuch haben, und dann wird Herr Richter vielleicht noch eine hübsche Blumenlese von Kritik der Handlungen der Regierung und der Kolonialbestrebungen überhaupt daraus machen können. — Jeder hat eben sein Geschäft. (Heiterkeit rechts.)

Nun, für eins bin ich dem Herrn Abgeordneten Richter dankbar, als er seinem politischen Freunde, dem Herrn Abgeordneten Bamberger einigermaßen zu Hilfe gekommen ist. Es ist dem ja sehr schwer geworden, und er hat deshalb nach dreimaligem Wortergreifen nicht darauf zurückkommen wollen, offen zu sagen: ja, ich habe leider die deutschen Rechtstitel, die in England geltend gemacht werden können, vollständig als zweifelhaft und wertlos bezeichnet. Herr Richter ist ihm gegenübergetreten und hat gesagt: die Titel sind rechtsgiltig, unbedingt. Wir sind also in der angenehmen Lage, wenn die Engländer uns den Herrn Abgeordneten Bamberger vorhalten als Autorität, Herrn Richter gegen Herrn Bamberger geltend zu machen. Herr Richter ist dafür, und die Engländer werden ja entscheiden, wer der größere Jurist ist. (Heiterkeit rechts.)

Wenn es richtig ist, was der Herr Abgeordnete Richter anführt, daß alles, was wir über die Aussichten dieser Gesellschaft wissen, schon vorher bekannt war, ja, dann ist mir das Auftreten des Herrn Abgeordneten Bamberger noch viel unbegreiflicher. Wenn er das wußte, daß es bei uns Landsleute gibt, die Hoffnungen haben und große Aufwendungen dafür machen, wenn er das

ſeit Jahr und Tag wußte — was ich nicht wußte; ich habe meine anderen Geſchäfte, ich kann nicht in alle Details eingehen, die hier zur Beratung kommen —, dann hätte der Herr Abgeordnete doch um ſo mehr Anſtand nehmen ſollen, die Dokumente, die die Baſis der Exiſtenz der Geſellſchaft und ihre Hoffnungen bilden, auf dieſe Weiſe geringschätzig vor der Deffentlichkeit zu behandeln. Dann muß ich faſt ſagen, daß ſein Mangel an Beiſtand für Landsleute und für Regierungsbemühungen ein wohlüberlegter geweſen ſein muß. Denn daß wir angeſichts dieſer ihm bekannten Ausſichten der Geſellſchaften gegen die Expedition Lewis reklamieren würden in London, das konnte er ſich doch bei ſeiner Sagazität, die er ſonſt in politiſchen Dingen und namentlich in kolonialen immer bewährt hat, ſelbſt ſagen. Alſo ich muß dem Herrn Abgeordneten Bamberger hier Schuld geben, daß er in wohlüberlegter Weiſe die Intereſſen der Geſellſchaft und die der Regierung in ihren diplomatiſchen Verhandlungen mit England weſentlich geſchädigt hat.

Herr Richter hat geſagt, daß alle die Gründe, die ihn davon hätten abhalten ſollen, ihm ſeit Jahr und Tag alle bekannt waren, — ja das iſt etwas ganz anderes; dadurch erſcheint mir Herr Bamberger noch in viel weniger günſtigem Lichte als früher. Ich kann übrigens hinzufügen, daß mir doch noch außer dem, was ich verlesen habe, — ich kannte es nicht, ehe ich es las, — noch andere und günſtigere Berichte bekannt ſind, noch begründetere, und auf wiſſenſchaftlichen Prüfungen der höchſten Bergautoritäten in Deutschland beruhend. Ob nun Hochwerke nötig ſind oder nicht, das möchte ich Herrn Richter bitten, doch der Geſellſchaft zu überlaſſen.

Er ist aber ein Freund von Unabhängigkeit und Freiheit nur für sich selbst; sonst hat er eine gewisse Neigung, selbst diese harmlose Gesellschaft zu tyrannisieren, als ob sie zu seiner Partei gehörte. (Heiterkeit. Bravo! rechts.)

Nach Schluß der Diskussion ward die Mehrforderung für Südwestafrika bewilligt.

2. Deutsche Zukunftspolitik in Ostafrika.

26. Januar 1889.

Der in der Thronrede angekündigte, vom Reichstage am 14. Dezember 1888 durch Annahme der von Windthorst vorgeschlagenen Resolution zum voraus willkommen geheißen*) Gesetzentwurf betreffend die Bekämpfung des Sklavenhandels und den Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika stand in der 27. Sitzung am 26. Januar 1889 zur ersten Beratung auf der Tagesordnung. Die Vorlage forderte für Maßregeln zu dem genannten doppelten Zweck eine Summe von zwei Millionen Mark zur Verfügung der Reichsregierung. Die Ausführung der Maßregeln sollte einem Reichskommissar übertragen werden, welcher gleichzeitig die Aufsicht über die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft und deren dortige Angestellte zu übernehmen hätte. Zu diesem Amte war bereits der Afrikareisende Hauptmann Wißmann auserlesen, welcher neben dem Staatssekretär Grafen Herbert Bismarck als Kommissar des Bundesrats im Reichstage die Vertretung der Vorlage übernahm. Die der letzteren beigegebenen Motive betonten die Ehrenpflicht des Deutschen Reichs, an der internationalen Vorarbeit für die Zivilisierung Afrikas als mitbesitzende Macht teilzunehmen, sowie das hohe Interesse desselben an der Aufrechterhaltung der von der Ostafrikanischen Gesellschaft vertragsmäßig erworbenen, aber durch den arabischen Aufstand erschütterten kolonialen Befugnisse. Zur Herstellung und Er-

*) Vgl. oben S. 195.

haltung der Sicherheit und Ordnung sei vor allem eine einheimische Polizeimacht von ausreichender Stärke notwendig. In der Debatte trat als Gegner des Gesetzentwurfs zunächst der Abgeordnete Bamberger auf, um in entscheidungsschwerer Stunde nochmals, wie so oft, vor der ganzen Kolonialpolitik zu warnen. Er benutzte die Gelegenheit, auf den neulich mit dem Reichskanzler über Südwestafrika geführten Streit ausführlich zurückzukommen. Er übte eine herbe Kritik an dem Verfahren und Verhalten der Ostafrikanischen Gesellschaft. Er legte an die ganze Frage nach wie vor allein den geschäftlichen Maßstab an und weissagte dem Reich unabsehbare finanzielle Opfer. Ganz anders äußerte sich der Abgeordnete Windthorst. Er kündigte zwar den Antrag an, den Entwurf zur Vorberatung an eine Kommission zu verweisen, wo es dann an der Zeit sei, sich eingehender darüber auszulassen — denn den Reden im Plenum lausche Afrika und Europa —; aber er versicherte ausdrücklich, die Kommissionsberatung solle keine Verschleppung bedeuten, da Gefahr im Verzuge sei. Er fand es nicht unbedenklich, zwei Millionen ohne jede Spezifikation der Verwendungszwecke, ohne bestimmtere Garantie zu bewilligen, beruhigte sich aber dabei, die Verantwortung aller ferneren Schritte dem Reichskanzler und den Bundesregierungen zuzuschieben. Entschieden betonte er dem Vorredner gegenüber, daß die Ehre Deutschlands hier im Spiele sei; unsere Schiffe seien im Kampf, die in unserem Namen aufgezogenen Flaggen herabgerissen worden. Er schloß mit dem Urteil: „Wenn wir in dieser Angelegenheit nicht in voller Einmütigkeit und geschlossen mit der Regierung zusammen vorgehen, dann werden wir weder in Afrika Respekt haben, noch in Europa ihn behalten.“ Fürst Bismarck, welcher beide Reden mehrmals durch Zwischenrufe des Einspruchs oder der Beistimmung unterbrochen hatte, erhob sich hierauf zu folgender Auseinandersetzung:

Ich bin dem Herrn Vorredner dankbar für seine Darlegungen und sympathisiere namentlich mit den letzten Worten, die er gesprochen hat. Ich behalte mir vor, zur Sache mich weiter auszulassen, wenn ich die Äußerungen auch noch anderer Redner werde übersehen können. Dem Herrn Vorredner will ich nur erwidern, daß er dem Reichskanzler eine sehr schwere und

kaum durchzuführende Verantwortlichkeit aufbürdet. Er sagt: der Reichskanzler hat den weiteren Gang zu bestimmen und ist allein verantwortlich dafür. Was heißt das, in einer Entfernung von, ich glaube über 1000 Meilen, von jedenfalls 18 Tagen bis 6 Wochen in der regelmäßigen Verbindung, mich verantwortlich machen zu wollen für die Handlungen anderer Personen, welche von mir direkt nicht abhängen, denen ich keine bestimmten Instruktionen zu geben habe, über deren Ausführung ich mich nur aufklären kann nach 6 Wochen mit voller Sicherheit, und die wiederum 6 Wochen brauchen, ehe ich ihnen meine Meinung, wenn sie sie befolgen wollen, mitteilen kann? Ich möchte doch den Herrn Vorredner bitten, in der Zumutung der Verantwortlichkeit für den Reichskanzler für alles, was dort in Ostafrika passiert, nicht zu schonungslos zu sein. Das Organ der Ausführung unserer Politik muß ja an sich die Gesellschaft bleiben; sie ist einmal im Besitz, sie hat ihren 50jährigen Vertrag. Wir können sie kontrollieren; wir können unter Umständen, wenn Sie unsere Vorlage genehmigen — und das ist die Hauptsache in der Vorlage — ihr durch die Vermittelung des Reichskommissars Befehle und Vorschriften erteilen, was wir bisher nicht konnten. Das Organ, das wir haben, war bisher im wesentlichen ein kontrollierendes, es wird unter Umständen ein vorschreibendes, wenn Sie unsere Vorlage bewilligen; aber auch dann ist die Verantwortlichkeit für den Reichskanzler doch immer cum grano salis zu nehmen. Ich kann für das, was mein Vertreter dort verfügt, anordnet oder verbietet, doch nur insoweit verantwortlich sein, als ich dazu überhaupt Instruktionen, Aufträge gegeben habe. Geht er darüber hinaus, so tritt da eine hybride Art der Ver-

antwortung ein. Ich kann für das, was andere thun, auf so weite Entfernungen, daß sie meine Befehle, da ich kein Telephon mit ihnen habe, nicht mehr hören und verstehen können, nicht absolut verantwortlich sein. Es können da Mißgriffe in großer Menge passieren, sie mögen ja auch passiert sein.

Der erste Herr Redner hat seine Angriffe hauptsächlich gegen die Gesellschaft gerichtet, die in Zanzibar thätig gewesen ist, und hat eine persönliche Bemerkung in Bezug auf eine frühere Diskussion hier angebracht, das geht mich weiter nichts an. Ich bin unmöglich für die Gesellschaft verantwortlich, sondern nur für das Maß von Schutz, welches der Gesellschaft geleistet werden soll, und welches wesentlich von den Beschlüssen des Reichstags abhängen wird.

Ich habe in den Zeitungen neuerdings Artikel in der rohen Angriffsweise gelesen, welche mir gegenüber in der fortschrittlichen Presse üblich ist: „Reichstag, geh du voran!“ Ja, das ist ja ganz unzweifelhaft; ich kann ja keinen Schritt weiter vorgehen, als ich die Zustimmung der Majorität des Reichstags und der öffentlichen Meinung in Deutschland habe. Wenn ich meine Meinung unabhängig davon durchführen wollte, so würde ich dadurch die Interessen meines Landes schädigen und außerdem wesentlich über meine Berechtigung hinausgehen. Also ich gestehe das zu; ich will den Reichstag nicht vorangehen lassen, aber ich sage dem Reichstag ehrlich, wie weit ich vorschlage zu gehen, und gehe kein Haar breit weiter, als der Reichstag erlaubt zu gehen. Daß mir das in der fortschrittlichen Presse als ein Fehler, Schwäche oder Irrtum vorgehalten wird, zeigt gerade die unkonstitutionelle, ich möchte sagen, die vaterlands-

feindliche Stimmung, in der die fortschrittliche Presse sich überhaupt befindet.

Der Redner hat im Anfang seiner Rede die Frage berührt, in welche Beziehungen uns die Kolonialfrage zu auswärtigen Mächten setzt. Da kann ich die Versicherung abgeben, daß wir in dieser Frage wie in allen übrigen — und nicht ohne Erfolg — stets bemüht gewesen sind, uns in Fühlung mit der größten Kolonialmacht der Erde, mit England, zu halten, daß wir auch hier nur nach Verständigung mit England vorgegangen sind und nicht weiter vorgehen werden, als wir uns mit England zu verständigen imstande sein werden. Also namentlich alle Gedanken, daß wir im Widerspruch mit England gegen den Sultan von Sansibar vorgehen sollten, weise ich absolut von mir. Sobald ich die Zustimmung von England zu irgend einer Maßregel in der dort von uns nach freundschaftlichen Verabredungen hergestellten Teilung habe, werde ich Seiner Majestät vorschlagen, im Einverständnis mit England vorzugehen. Im Kampf mit England vorzugehen, im Widerstreit, oder auch nur die Maßregeln zu erwidern, die von einzelnen untergeordneten englischen Organen uns gegenüber getroffen werden, fällt mir nicht ein. Wir sind in Sansibar sowohl wie in Samoa mit der englischen Regierung absolut in Einigkeit und gehen mit ihr Hand in Hand (Bravo! links); und ich bin fest entschlossen, diese Beziehungen festzuhalten. England hat eine große Menge von konkurrierenden Kolonialinteressen mit uns. Die untergeordneten Kolonialorgane und die Organe der Kolonialregierungen, welche von der Hauptregierung einen gewissen Grad von Unabhängigkeit erworben haben, für den das Völkerrecht noch keine genauere

Definition gefunden hat, — diese Organe treten uns unter Umständen feindlich entgegen; aber mit der englischen Regierung sind wir absolut einig und fest entschlossen, diese Einigkeit zu erhalten und durchzuführen. (Bravo! links.)

Und das findet namentlich Anwendung auf die Verhältnisse in Ostafrika, wo wir eine territoriale Teilung zwischen uns verabredet haben. Ob die Engländer in ihrem Bezirk genau dasselbe thun, was wir in unserem, das ist ihre Sache; das haben wir nicht zu kontrollieren. England ist eine große unabhängige Macht, die ihre eigene Politik verfolgt. Daß wir von den Engländern irgend einen Beistand in unserer Machtsphäre verlangen sollten, ist uns nirgends beigegeben. Namentlich zu territorialen Expeditionen, was ich abessinische Kriege nenne, irgendwie England zu verleiten, — wir haben gar keine gemeinsamen Gegner, wir haben nur lokale Gegner, — das liegt ganz außerhalb aller politischen Möglichkeit und ist eine Erfindung lügenhafter Zeitungen in England sowohl wie hier. — —

Ich habe mir eine Anzahl von Notizen gemacht, die ich nicht mehr verstehe, weil ich mich nicht mehr erinnere, wovon sie handeln.

Vertrauliche Mitteilungen sind in der Vorlage in Aussicht gestellt, aber in der Kommission doch in keiner Weise zu erwarten. Die Kommission halte ich nicht für ein Organ für vertrauliche Mitteilungen. Wenn die Kommission in der Lage wäre, ihre Thüren zu schließen und à huis clos ihre Sitzungen zu halten, so wäre sie auch dann sehr zahlreich, und ich will über die Möglichkeiten, die bestehen bleiben, mich jeder Aeußerung enthalten. Wenn aber die Möglichkeit da ist, daß eine

Korona von 200 Abgeordneten sich der Kommission beigefügt, dann bin ich gern bereit, alles, was ich in der Kommission sagen könnte, auch im Plenum zu sagen. (Weiterkeit.)

Was uns eine gewisse Zurückhaltung in manchen Beziehungen empfohlen hat, das mögen teils die internationalen Beziehungen zu konkurrierenden englischen Interessen sein, die ich eben berührt habe, teils aber auch die militärischen Fragen in Bezug auf dasjenige, was wir für die 2 Millionen, die wir von Ihnen erbitten, anschaffen. Würde das spezifiziert vorgelegt werden müssen, so würden wir dadurch über die Art des Vorgehens, das beabsichtigt wird, schon einen Feldzugsplan klarlegen, der vom Feinde vermöge der raschen telegraphischen Verbindung nach Zanzibar, vermöge der vielen Gegner, die wir in unseren kolonialen Bestrebungen haben, nicht nur im Inland, sofort benutzt werden würde, und ich halte das nicht für nützlich. Es würde das in derselben Richtung wirken, wie die Enttäuschung meiner Hoffnungen, daß wir vielleicht schon vorgestern oder gestern diese ganze Sache hätten erledigen können. Zeit in dieser Frage ist nicht Geld, wie die Leute sagen, sondern Zeit ist Blut. Je später wir kommen, desto mehr Blut wird die Sache kosten. Die Leute organisieren sich ja auch mit der Zeit, und je mehr sie darauf gefaßt werden. Glauben Sie nicht, daß die telegraphischen Nachrichten über das, was wir heute hier sprechen, dort in Zanzibar ausbleiben werden; dazu sind viel zu viel Europäer und Feinde unserer deutschen Bestrebungen dabei beteiligt.

Ich halte es deshalb nicht für nützlich, öffentlich zu bekunden, was wir an Waffen, an Schiffen, an Mannschaften überhaupt anschaffen wollen, sondern darüber

müssen wir ein Dunkel schweben lassen, und ich glaube, daß jedermann, der nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik, geläutert durch militärische Auffassungen, betreibt, mir darin beistimmen wird, daß wir in dieser Beziehung, in Bezug auf das Kampfmaterial, das wir an Menschen, an Waffen, an Schiffen überhaupt anschaffen, schweigsam sein sollen. Ich wenigstens werde mich darüber bestimmt nicht äußern.

Ich habe unter vertraulichen Mitteilungen — die Einschaltung in der Vorlage beruht auf einer eigenhändigen Randbemerkung von mir — verstanden, daß ich oder der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit hervorragenden Abgeordneten sprechen würde, um diese zu informieren, damit sie vertraulich, soweit — das wird ja ein weiter Bezirk sein — sie der Verschwiegenheit vollständig sicher sind, dergleichen weiter mitteilen. Aber, wenn die Herren glauben, daß im Ausschuß irgend etwas geäußert werden könnte von der Regierungsseite, was hier im Plenum nicht geäußert wurde, so muß ich diesem Irrtum widersprechen. Im Ausschuß kann nur wiederholt werden, was — ich glaube, es war am 14. Dezember — gesagt worden ist, und diejenige Bervollständigung dieser Erläuterungen, welche ich mir heut zu geben erlaubte.

Ich erwähnte schon, daß der Herr Vorredner mir eine Verantwortung zumutet, die weder ich noch irgend einer meiner Nachfolger von Berlin aus leisten könnte, weder für Vorgänge, welche sich in Zanzibar zutragen, noch auch für die Handlungen der Gesellschaft. Die Rede des Herrn Abgeordneten Bamberger halte ich wesentlich gegen die Gesellschaft gerichtet, und ich muß es der Gesellschaft überlassen, sich dagegen zu verantworten. Ich

teile eine Menge seiner Bedenken über das Verfahren derselben; aber ich glaube, weder Sie noch ich haben die Zeit, diese Frage hier zu diskutieren.

Die ganze Blockade halte ich nicht für sehr wesentlich. Wirksam ist sie auf dem deutschen, südlichen Gebiet vermöge der strengen Gewissenhaftigkeit, welche deutsche Organe überhaupt in der Ausführung ihrer Aufträge haben. Ob sie generell wirksam ist, darüber habe ich nicht sichere Nachrichten; manche Nachrichten, deren Glaubwürdigkeit ich dahingestellt sein lasse, lassen dies zweifelhaft erscheinen. Die Blockade ist mir auch von Hause aus nicht als ein Mittel erschienen, die Sklaverei tot zu machen, — denn sie trifft ja nur die Ausfuhr der Sklaven und die doch auch nur unvollständig, — sondern ich habe in deren Herstellung einen Beweis der afrikanischen Küste gegenüber gesehen, daß Deutschland und England einig sind; das halte ich für sehr wichtig, daß die Eingebornen der Küste den Eindruck haben und behalten, daß zwischen den beiden bei Zanzibar überhaupt in Frage kommenden Mächten und namentlich zwischen der im älteren Besitz befindlichen Macht England und uns das volle Einverständnis besteht.

Das ist mehr eine politische als eine militärische Frage, daß wir in Gemeinschaft mit England dort blockieren. Wir fassen dabei einige der Sklaven ab — ich glaube, 287 ist die Ziffer derer, die wir bisher gegriffen haben, ein sehr geringer Teil; — von englischer Seite haben wir keine Nachricht, daß dort überhaupt Sklaven aufgegriffen worden wären. Aber die Hauptsache den Afrikanern gegenüber ist die Autorität der Europäer und die Autorität der verbündeten Europäer. So lange wir dort mit England in Rivalität leben, wird

keine von beiden Mächten denjenigen Nimbus mit der Zeit haben oder behalten, dessen es bedarf, um auf diese schwarz gefärbten Bewohner einen Eindruck zu machen; solange und sobald wir einig sind, ist es ganz etwas anderes, und wenn die Blockade aufhört, ohne den Eindruck eines Bruchs der Einigkeit zwischen England und Deutschland zu machen, so will ich nichts dawider haben.

Dieser Eindruck ist mir nach meiner politischen Auffassung die Hauptsache, — ebenso wie ich in anderen Kolonien, in Samoa z. B., unbedingt festhalte an der Uebereinstimmung mit der englischen Regierung und an dem Entschluß, sobald wir mit derselben in Uebereinstimmung sind, gemeinsam vorzugehen, und sobald wir das nicht sind, uns zu enthalten oder mit Zurückhaltung zu verfahren. Ich betrachte England als den alten und traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben; — wenn ich sage „Bundesgenossen“, so ist das in diplomatischem Sinne zu fassen; wir haben keine Verträge mit England; — aber ich wünsche die Fühlung, die wir seit nun doch mindestens 150 Jahren mit England gehabt haben, festzuhalten, auch in den kolonialen Fragen. (Bravo! links.) Und wenn mir nachgewiesen würde, daß wir die verlieren, so würde ich vorsichtig werden und den Verlust zu verhüten suchen.

Ich möchte in Bezug auf meine Stellung zu der Gesamtfrage, die wir verhandeln, noch die Bemerkung machen, daß ich nicht Enthusiast für koloniale Unternehmungen von Hause aus gewesen bin, und daß es eine Ungerechtigkeit gewesen ist, wenn der Herr Abgeordnete Bamberger mich identifiziert hat und sogar die Regierung identifiziert hat mit dem Verhalten der Gesellschaft. Wenn das der Fall wäre, wenn wir identisch

wären, das Reich und die Gesellschaft dieselbe Person wäre, ja, dann wäre ja gar kein Zweifel, daß das Reich verpflichtet wäre, alle Awanien, die die Gesellschaft erlitten hat, auf sich zu nehmen und durchzusechten. Das ist in dem Maße nicht der Fall. Ich enthalte mich aber, in eine Kritik der Gesellschaft einzutreten und darin dem Herrn Abgeordneten zu folgen. Ich will nur meine Stellung zu der Sache richtig stellen, indem ich daran erinnere, wie ich überhaupt bei der ersten Beratung am 26. Juni 1884 zu dieser Sache hier mich geäußert habe. Ich habe damals gesagt:

Wenn der Herr Abgeordnete nickert den Wunsch ausgesprochen hat, daß ich in authentischer Form wiederholen möchte, was ich über Kolonialprojekte und über meine Auslegung der Vorlage in der Kommission gesagt habe, so glaube ich, in letzter Beziehung mich hier schon dementsprechend geäußert zu haben. Was die Kolonialfrage im engeren Sinne anlangt, so wiederhole ich die Genesis derselben, wie ich sie damals angegeben habe. Wir sind zuerst durch die Unternehmung hanseatischer Kaufleute, verbunden mit Terrainankäufen und gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz, dazu veranlaßt worden, die Frage, ob wir diesen Reichsschutz in dem gewünschten Maße versprechen könnten, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien — ich will sagen nach dem System, wie die meisten im vorigen Jahrhundert waren, was man jetzt das französische System nennen könnte — gegen Kolonien, die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizu-

ziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, — daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, daß man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die der Herr Abgeordnete Bamberger

— er war also auch damals schon dabei —

in der Kommission als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, daß dieser falsche Weg eingeschlagen war, daß man gewissermaßen einen Hafen hatte bauen wollen, wo noch kein Verkehr war, eine Stadt hatte bauen wollen, wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten.

Nun, in den Fehler ist die Gesellschaft verfallen, indem sie Beamte hingeschickt hat in Distrikte, von unsicheren und unbekanntem Stämmen bewohnt, als ob sie einen Landrat nach Prenzlau schickte, wo er sicher ist, Folgsamkeit und Gendarmerie zu finden. Das will ich ja gar nicht bestreiten; aber können wir uns von den Fehlern, die unsere Landsleute im Auslande begehen, aus nationalen Gesichtspunkten so absolut losjagen? Können wir jeden, der einen Irrtum, eine Thorheit — möchte ich sagen — draußen begeht und in folgedessen in Schwierigkeiten gerät, — können wir den sitzen lassen und im Stich lassen? Das ist eine Frage, in der ich soweit gehe, wie der Reichstag geht, nicht weiter. (Sehr gut! rechts.) Meine eigenen Gefühle, die ich dafür habe, gehen ja sehr viel weiter, aber ich weiß mich unterzuordnen, ich gehöre nicht zu den Leuten, die, nachdem

die Majorität ihres Landes, die Majorität ihrer parlamentarischen Körperschaft beschlossen hat, sich an der Sache zu beteiligen, ihrerseits in einer kleinlichen und kniffligen Opposition fortfahren, um die Gesamtheit an der Erfüllung der einmal beschlossenen Politik zu hindern und sie zum Stolpern zu bringen (lebhafter Beifall rechts) und darauf nicht verzichten können, daß sie anderer Meinung gewesen sind, die ihr eigenes Ich dem ganzen Lande und seiner Majorität gegenüberstellen. (Beifall rechts.)

Das kann ich wohl unter Umständen als Minister thun, wenn ich die Befürchtung habe, wie es im Jahre 1862 der Fall war, daß die Majorität des Landes in einer verderblichen Richtung sich bewegt; das kann ich thun, wenn ich mich, wie damals gegenüber der Abdikationsurkunde meines Königs und Herrn befinde, der mir sagt: wollen Sie mir beistehen? oder soll ich abdizieren? Dann kann ich dergleichen unternehmen und Widerstand leisten gegen eine Welt von Waffen. Aber für zwei Millionen oder für Zanzibar kann man sich meines Erachtens nicht lossagen von dem großen Zuge der nationalen Bewegung (Bravo! rechts); da kann man nicht kleinlich hinterher schimpfen hinter das, was die Mehrheit der Nation einmal beschlossen hat. Ich selbst ordne mich unter. Ich bin kein Kolonialmensch von Hause aus gewesen; ich habe gerechte Bedenken gehabt, und nur der Druck der öffentlichen Meinung, der Druck der Mehrheit hat mich bestimmt zu kapitulieren und mich unterzuordnen. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Bamberger dasselbe empfehlen (Bravo! rechts); er hat noch nicht einmal die Berechtigung, die ich nach sechs- undzwanzigjährigem Dienste habe, dem ganzen Lande Opposition zu machen. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Also ich habe im Jahre 1884 gesagt, daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, daß man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die der Herr Abgeordnete Bamberger in der Kommission als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, daß dieser falsche Weg eingeschlagen war, daß man gewissermaßen einen Hafen hatte bauen wollen, wo noch kein Verkehr war, eine Stadt hatte bauen wollen, wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten,

also eine Provinz hatte gründen wollen mit Landräten, Bezirksvorstehern, wo noch keine Bevölkerung dafür war.

Es ist ja sehr leicht, eine vernichtende Kritik über das Verhalten vieler Agenten oder noch mehr über das Zentrum der Gesellschaft zu üben; das erledigt aber noch nicht die Frage: können wir unsere Landsleute im Stiche lassen nach alledem, was geschehen ist?

Es heißt dann weiter:

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig, und zweitens, ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Unterthanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfe in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers natur-

gemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird —,

— und jetzt werde ich heute voraussichtlich verantwortlich gemacht für alles, was daraus gemacht werden könnte —

aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkt der staatlichen Pflicht. Ich kann mich dem nicht entziehen, ich bin mit einem gewissen Zögern an die Sache herangetreten und habe mich gefragt: womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen Unternehmern, über deren Mut — ich habe die Herren persönlich gesprochen —, über deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe, — ich sage, womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich Ihnen sagen wollte: das ist alles sehr schön, aber das Deutsche Reich ist dazu nicht stark genug, es würde das Uebelwollen anderer Staaten auf sich ziehen, es würde, wie Herr Dr. Bamberger sehr richtig schilderte, in unangenehme Berührung mit anderen kommen, es würde Nasenstüber bekommen, für die es keine Vergeltung hätte; dazu ist unsere Flotte nicht stark genug!? — Alles das hat der Herr Abgeordnete Bamberger in der Kommission vorgetragen, aber ich muß sagen, daß ich als der erste Kanzler des neugeschaffenen Reiches doch eine gewisse Schüchternheit empfand. (Lebhafte Bravo rechts.) — — — wir sind zu arm, wir sind zu schwach, wir sind zu furchtsam,

für euern Anschluß an das Reich euch Hilfe vom Reich zu gewähren. (Hört! hört! rechts.)

Das sind die Gründe, die mich bestimmt haben, Herrn Bamberger sind sie nicht einleuchtend. Das ist mir vollständig erklärlich. (Weiterkeit rechts.) Er hat in seinen Aeußerungen das Reich gewissermaßen als ein Finanzinstitut, aber nicht als eine nationale Einrichtung der deutschen Nation dargestellt, und wenn dieses Finanzinstitut sich nicht rentiert, haben wir nicht zu fragen, ob inzwischen die deutsche Flagge heruntergerissen und Deutsche herausgeworfen sind, ob inzwischen Ereignisse sich zgetragen haben, welche jede Nation überkommen können, ohne daß sie selbst daran verschuldet wäre, für die sie aber an den Degen greifen und sich wehren muß. Das ist dem Herrn Abgeordneten Bamberger, wie es scheint, gleichgiltig. Aber ich habe überhaupt nicht die Absicht gehabt, ihm zu antworten; ich habe mir lange Zeit Notizen gemacht; aber, nachdem ich die zweite Hälfte seiner Rede gehört, habe ich darauf verzichtet, ihm zu antworten. Ich habe dies nur verlesen, um darzulegen, daß es ein Irrtum ist, wenn man behauptet, daß die Regierung in erster Linie hier Wünsche habe. Es ist nur die Frage, ob hier nationale Bedürfnisse, nationale Schädigungen, nationale Forderungen an uns bestehen, und darüber verlange ich allerdings das Zeugnis der berechtigtesten Körperschaft im Deutschen Reiche, das Zeugnis des Reichstags. Finden Sie, daß dieselben nicht existieren, gut, — dann habe ich mich geirrt, dann ziehe ich mich zurück und trete zurück. Ich bin weit entfernt, meine persönliche Ansicht, meine Neigung, unter Umständen an den Degen zu greifen, als eine Aufforderung für das Reich und die Gesamtheit zu betrachten; ich

ordne mich der Mehrheit meiner Nation und deren berechtigten Vertretern absolut unter in diesen Fragen, so lange ich nicht die Angst und das Gefühl habe, daß sie auf einem abschüssigen Wege ihrem Schaden entgegen-eilt. Dann würde mein Widerstand nur mit meinem Leben endigen; hier aber liegen Fragen derart ja nicht vor. Hat der Reichstag das Gefühl, daß die Interessen des Deutschen Reichs, seine Ehre, — ich mag kaum so hoch greifen, wie dieser Ausdruck trägt: seine Flagge, will ich sagen, — hierbei uninteressiert sind, und dispensiert er mich von der weiteren Verfolgung, so ist das ja für mich eine außerordentliche Erleichterung meiner Geschäfte, unter deren Last ich beinahe erliege.

Der Herr Abgeordnete Richter hat damals getadelt, daß wir Beamte in Afrika anstellen, daß wir Garnisonen dort hinlegen, Kasernen, Häfen und Forts bauen. Das alles hat nicht stattgefunden und geht uns auch nichts an: ich habe den Gedanken, daß die Gesellschaft die Herrin dort bleibt; der Kaiser kann unmöglich an Stelle der Gesellschaft Pächter des Sultans von Zanzibar werden. Die ganzen Erwerbungen jenseits des zanzibarischen Küstengebiets, die früher von verschiedenen Privatleuten gemacht worden sind und uns nichts weiter einbrachten, als ein schwer lesbares Stück Papier, das mit Negerkreuzen eine Anweisung auf Tausende von Meilen gab, die zu erwerben wären, die können uns ja weiter nichts helfen; aber der Küstenbesitz ist von außerordentlich großem Belang. Der Küstenbesitz ist von der Gesellschaft erworben worden und das ist meines Erachtens eine deutsche Errungenschaft, welche nicht ohne Nützlichkeit ist. Ohne den Küstenbesitz wäre alles, was dahinter erworben ist, nutzlos geblieben; mit dem Küstenbesitz

aber kommen wir in die Lage, denjenigen Pflichten, die wir mit unserem Eintritt in den afrikanischen Besitz überhaupt übernommen haben, den kulturellen Pflichten zu genügen mit anderen großen Nationen, wie England, Frankreich, Italien. Dort der Kultur, der christlichen Kultur, in die Hände zu arbeiten, — dieser Möglichkeit kommen wir näher; nur von der Küste aus kann die Zivilisation in das Binnenland übergehen.

Ob sie das sofort thut, das weiß ich nicht. Da gilt auch die Frage: „Muß es gleich sein?“ wie es in einer bekannten Anekdote heißt, die mir da immer entgegnet. Es ist die Unterlage einer Zukunftspolitik. Auf dem Standpunkt, auf dem ich stehe, kann ich nicht nur den nächsten Donnerstag im Auge haben; ich muß an Jahrzehnte, an die Zukunft meiner Landsleute denken; ich muß daran denken, ob man mir nicht nach 20, nach 30 Jahren den Vorwurf machen wird, daß dieser furchtsame Kanzler damals nicht die Courage gehabt hat, uns jenen Besitz zu sichern, der jetzt ein guter geworden ist. Da kann ich doch nicht ohne weiteres den deutschen Bürger von der Thür wegweisen, der sagt: ich habe das erworben. Er kann mir nicht beweisen, daß es nützlich wäre für das Reich; ich kann ihm aber auch nicht beweisen, daß es ihm schädlich ist. Es ist, was ich neulich sagte, eine Mutung, die sich vielleicht verwerten läßt; und wer von einer Kolonie in drei Wochen oder drei Jahren ein glänzendes Resultat erwartet, der mag Reden halten; aber er ist kein Mensch von Urtheil. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit.) Die Frage ist die, ob wir in 10, in 20, in 30 Jahren nicht vielleicht bereuen würden, den Besitztitel, der uns jetzt geboten wird, verschmäht zu haben. (Sehr richtig!) Da habe ich nicht

den Mut, ihn herauszuweisen, namentlich wenn er für den Preis, der uns jetzt dafür abgefordert wird, zu haben ist.

Ich habe Ihnen angedeutet, wie zögernd ich an die Kolonialfrage überhaupt herangegangen bin. Nachdem ich mich aber überzeugt habe, daß die Mehrheit meiner Landsleute — ich glaube es wenigstens, und jedenfalls darf ich es aus der Bewilligung, die hier im Reichstag stattgefunden hat, schließen, — daß die Mehrheit des Reichstags den Versuch der Kolonialpolitik, ohne sich für den Erfolg zu verbürgen, gutgeheißen hat, so habe ich mich nicht für ermächtigt gehalten, meine früheren Bedenken aufrechtzuerhalten, die — ich erinnere mich sehr wohl — dahin gerichtet waren, daß wir unsere Flagge nirgends als souverän etablieren sollten, sondern höchstens Kohlenstationen, das war meine Ansicht in früheren Jahren. Kurz und gut, ich war gegen Gründung deutscher Kolonien. Ich habe mich darin gefügt, und wenn ich mich in meiner Stellung dem Drängen der Mehrheit meiner Landsleute, der Mehrheit des Reichstags füge, so, glaube ich, könnte Herr Bamberger es auch thun. (Bravo!) Ich halte mich wenigstens nicht für ermächtigt, der großen Reichslokomotive, wenn sie ihren Bahnstrang einmal gewählt hat, Steine in den Weg zu werfen, und das, glaube ich, geschieht von den Herren, die jetzt noch, von einer kleinen Minorität unterstützt, der Reichspolitik in dieser Richtung Schwierigkeiten bereiten.

Der Herr Abgeordnete Bamberger ist in einer persönlichen Bemerkung von großer Ausdehnung auf die Frage von Angra Pequena zurückgekommen; ich habe ihm neulich vorgeworfen, daß er die Ansprüche seiner

deutschen Landsleute diskreditiert hätte im Ausland durch die geringschätzigte Art, in der er davon sprach. Ich kann ihm heute sagen, daß den deutschen Inhabern der von ihm so geringschätzig behandelten Rechtsansprüche von den englischen Konkurrenten bereits mehrere Millionen Mark für die Session derselben geboten sind. Diese Millionen Mark hat Herr Bamberger durch seine Aeußerungen von neulich wesentlich diskreditiert, ich bin überzeugt, daß die Herren in der Kapstadt, die das geboten haben, wenn sie von der Rede des Herrn Bamberger hören, vielleicht nur eine Million bieten werden (Geiterkeit), und auf diese Weise sein Vaterland zu schädigen, halte ich nicht für eine Aufgabe, der ich mich anschließen kann.

Die Motive haben sehr unterschieden zwischen den materiellen Interessen der Gesellschaft und den nationalen Pflichten, die Deutschland übernommen hat, nachdem es in Afrika überhaupt irgend einen Besitz ergriffen hat, den nationalen Pflichten, teilzunehmen an der Zivilisierung und Christianisierung dieses weit ausgedehnten, in seinem Innern noch immer unerforschten Weltteils. Ich habe die Reichsregierung nicht für berechtigt gehalten, im Interesse der Gesellschaft an sich irgend eine Forderung zu machen. Hat sie unrichtig spekuliert, so ist das, wenn man will, ihre Sache, obschon ich im ganzen nicht glaube, daß andere Regierungen in ähnlichen Fällen — der französische Ausdruck ist: „lâcheurs de leurs compatriotes“ sind, daß sie ihren Landsmann fallen lassen in solchen Fällen.

Aber hier handelt es sich um etwas anderes. Die Regierung hat durch ihr Eintreten in die gleiche Front mit England und Frankreich in Afrika in der Kongo-

frage die Verpflichtung übernommen, an der Zivilisierung und Christianisierung dieses großen Welttheils Anteil zu nehmen. Hätte sie eine Gesellschaft geschützt, die sich erlaubt hätte, sich von diesen Prinzipien der Zivilisation vollständig zu entfernen, wie das ja von manchen Handelshäusern bisher geschehen ist, am Sklavenhandel sich zu beteiligen oder doch sich nicht desselben zu enthalten oder hauptsächlich die Einfuhr der Munition, die für die Sklavenjäger bestimmt ist, zu befördern — die Gesellschaft würde vielleicht gar so schlechte Geschäfte nicht gemacht haben — (sehr richtig! rechts), dann würde sie nicht den Zorn der arabischen Sklavenjäger auf sich gezogen haben.

Was dort gehakt wird, ist der Christ, der Beschützer der Sklaven, das ist der Störer in einem illiziten Handel. Ich habe in einer mir eben zugegangenen Meldung über eine Raptur unserer Flotte gelesen, daß eine Dhow gefangen wurde, in der 87 Sklaven unten lagen, in einem so engen Raume, daß sie drei Mann hoch — wie ich den Kubikinhalt berechnen kann — notwendig liegen mußten. Ueber sie waren Matten gebreitet und auf den Matten saßen, standen und gingen die 17 Araber, welche die Bemannung der Dhow bildeten. Diese Dhow wurde unsern Kreuzern verraten durch zwei Neger, denen man mehr getraut hatte, und die von dem Deck Zeichen gegeben hatten; die wurden sofort erstochen, ehe wir herankamen. Sollen wir nun dergleichen Sachen, wenn wir uns dort überhaupt einmal einrichten, dulden, weil es finanziell uneinträglich ist, uns ihnen zu widersetzen, oder nicht? Das schiebe ich den christlichen und humanitären Erwägungen des Herrn Abgeordneten zu. (Weiterkeit rechts.)

Der Sultansvertrag ist meines Erachtens die be-

deutendste und nützlichste Leistung, welche die Gesellschaft überhaupt gemacht hat; der hat den Zugang zum Innlande erst eröffnet. So lange die Küsten abhängig waren von einer Macht, wie der Sultan von Zanzibar, namentlich von den energischeren Vorgängern des jetzigen Sultans, so lange war unsere Verbindung mit dem Binnenlande doch immer sehr zweifelhaft und auf die Dauer nicht sicher, und wir konnten der Gefahr ausgesetzt sein, daß, wenn wir uns mit dem Sultan von Zanzibar erzürnten, wir uns auch mit der uns befreundeten Macht von England, deren Protegé der Sultan von Zanzibar immer war, erzürnt hätten. Wir würden also von alledem, was wir jenseits der Zanzibargrenze okkupiert haben, durch eine Grenze geschieden sein. Dies ist also meines Erachtens eine dankenswerte Unterlage, welche die Gesellschaft der deutschen Nation gewonnen hat, um von dort aus allmählich, aber sehr allmählich, ihre weiteren Kulturversuche nach dem Innern zu erstrecken.

Ob diese Kulturversuche hauptsächlich in der Pflege des Karawanenhandels nach dem Innern bestehen sollen oder in plantagenmäßiger Kultivierung des an uns gebrachten Küstenlandes, das ist eine Frage, die ich im letzteren Sinne zu bejahen geneigt sein möchte. Der Karawanenhandel lebt jetzt in erster Linie von dem Sklavenhandel und vom Rückhandel von Pulver und Blei, mit dem die Verteidiger der zu fangenden Sklaven erschossen werden, — kurz und gut, Gewehre und Munition gehen hin, Sklaven gehen aus als Ergebnis der gelieferten überlegenen Bewaffnung. Fällt das weg, fällt auch noch der Branntwein weg, so wird der Karawanenhandel sehr gering; er beschränkt sich auf Elfenbein. Das Elfenbein hat schon jetzt nicht immer volle Ladungen

gegeben; die mußten durch Menschenfleisch, Neger, vervollständigt werden, um für die Beladung der Dhows zu dienen. Bekanntlich werden Elefanten immer weniger, Gummi kann dort mehr sein. Aber ich glaube kaum, daß der Karawanenhandel allein eine große Zukunft haben wird; ich glaube, daß er auf zwei aussterbenden Generationen basiert ist, den Sklaven und den Elefanten. Die Elefanten werden weniger; bis jetzt ist Elfenbein noch da und Gummi.

Aber ich setze meine Hoffnung für die Zukunft Deutschlands nicht gerade auf den Karawanenhandel, sondern vielmehr auf die Möglichkeit, den fruchtbaren Ostabhang Ostafrikas, der im allgemeinen nur soweit fruchtbar ist, als der Küstenstrich reicht, zum Plantagenbau im tropischen Sinne zu benutzen. Es ist das, wie Herr Hauptmann Wiszmann schon vorher bemerkte, ein Küstenstrich von über 100 Meilen Länge und 5 bis 15 deutschen Meilen Breite, also ein sehr bedeutendes Terrain. Wir zahlen für tropische Produkte, die wir bei uns nicht produzieren können, gegenwärtig schon ungefähr 500 Millionen bar ans Ausland. Soviel ich mich der Ziffern erinnere, figurirt darin die Baumwolle als Höchstes mit ungefähr 200 Millionen, der Kaffee mit 192 Millionen, der Tabak mit 64 Millionen, und außerdem Kakao, Gewürze, Vanillen in erheblichem Maße. Wenn wir von dieser Einfuhr von 500 Millionen, die wir bar bezahlen müssen, auch nur den zehnten Teil abrechnen, oder den hundertsten Teil mit 5 Millionen einstweilen für deutsche Eigentümer erwerben könnten, welche in Zanzibar und in diesen Küstenländern unter sicherem Schutze des Reichs ihren Tabak, ihre Baumwolle, ihren Kakao bauen könnten, so würde ich das doch für einen erheblichen wirtschaft-

lichen Gewinn halten und auch für einen volkswirtschaftlichen insofern, als eine Menge der überschüssigen Kräfte, die wir in unseren Gymnasien und höheren Schulen erziehen, dort als Leiter von solchen Einrichtungen eine Verwendung finden könnten, die wir im Lande doch nicht überall haben und vielleicht mit der Zeit immer weniger haben werden.

Also ich möchte nur bitten, eine solche koloniale Gründung nicht als einen Lotteriesatz zu betrachten, der im nächsten halben Jahre einen ungeheuren Gewinn geben muß, sondern als eine vorbedachte, berechnete Anlage, die unter Umständen vielleicht auch keinen Gewinn abwirft, aber doch mit Wahrscheinlichkeit in zehn, — und wenn es in zwanzig Jahren wäre, wäre es auch kein Unglück. Wir haben die Gewißheit, daß diese tropischen Länder, welche die einzigen noch unoffupierten sind, uns von anderen Mächten nicht mehr bestritten werden können. Unsere ganze Besitzergreifung, unsere ganze Neigung, sie zu verteidigen, hat sich ja ursprünglich nur gegen andere Mächte, die auch dort Besitz ergreifen wollten, gerichtet, und denen gegenüber haben wir durch unsere freundschaftlichen Beziehungen vollständig die Mittel, sie fern zu halten. Sie haben die Grenzen anerkannt, die wir gezogen haben; innerhalb der Grenzen kann sich der Deutsche entwickeln. Will er nicht, oder gelingt es ihm nicht, nun gut, so bleibt es noch immer einer späteren Generation vorbehalten, den Versuch zu wiederholen.

Ich bin ganz bestürzt gewesen über den Gedanken, den viele Leute gehabt haben, als müßte das nun gleich wie ein Gründungspapier eine ungeheure Dividende abwerfen. Ich habe mir gedacht: das ist eine Beschlagnahme wie bei der Mutung eines Bergwerksbesitzes oder

dem Ankauf eines später zu bebauenden Grundstücks, und wenn man nicht mit Ruhe einen Erfolg abwarten kann, so hätte man es überhaupt nicht thun sollen. Daß man gegen diejenigen, die solche Anlagen machen, nun den Vorwurf erhebt, daß sie nicht sofort am nächsten Donnerstag eine große Rente geben, nun dazu gehört die leidenschaftliche Feindschaft, die auf Parteikämpfen beruht. Das kann ich nicht mehr als eine staatliche Erwägung behandeln und ansehen.

Die Küste also müssen wir meines Erachtens wiedererwerben und halten, wenn wir unsere Aufgabe der Zivilisation von Afrika erfüllen wollen. Die Sklaverei mit einem Male abschaffen zu wollen im Innern von Afrika, — das ist ein Gedanke, der nur von Lokalunkundigen gefaßt werden kann. Ich erinnere wiederholt daran — ich habe es schon einmal gesagt —, daß nur auf der kleinen Insel Jamaica die Aufhebung der Sklaverei der englischen Regierung 20 Millionen Pfund Sterling — das sind 400 Millionen Mark — gekostet hat, und wir werden doch nicht gegen die Sklavenbesitzer gewaltthätig vorgehen. Bei uns in Deutschland, wo die Gewalt viel stärker ist und die Gesetzgebungen soviel durchschlagender, ist doch auch die Aufhebung der Hörigkeit nicht ohne Entschädigung erfolgt; — aber das ist eine Frage, die ich jetzt noch nicht als vorliegend ansehe. Die Küste müssen wir immer haben, um weiter in das Land hinein zu wirken; die Küste ist im Pachtbesitz der Gesellschaft, wir müssen also die Gesellschaft, die einstweilen unser einziges Organ zur Durchführung unserer zivilisatorischen Bestrebungen ist, schützen und halten, wenn wir diesen zivilisatorischen Bestrebungen uns anschließen wollen.

Ich habe die Gründe dargelegt, die mich beſtimmt haben, der Strömung zu Gunſten kolonialer Beſtrebungen nachzugeben, und ich habe meine Fügſamkeit der Allgemeinheit gegenüber dabei betont. Die Allgemeinheit hat aber vor vier Jahren dieſer Strömung ſoweit nachgegeben, daß ſie meines Erachtens nicht mehr zurück kann, und ich glaube auch nicht, daß ſie es für thunlich erachten wird, zurückzugehen. Ich halte mich im Gegenteil, namentlich nachdem ich die Rede des Herrn Abgeordneten Windthorſt gehört habe, der Zuſtimmung des Reichſtags zu der Vorlage vollſtändig verſichert; ich bedaure nur, daß ſie nicht etwas ſchneller erfolgt. Ich glaube, daß die Aufgabe, die dem Reichskommiſſar dort zuſallen wird, etwas erleichtert würde, wenn ſie auch nur vier bis fünf Tage früher in Angriff genommen werden könnte.

Nun, meine Herren, Sie werden ja Ihrerſeits erwägen, welche Zeit ſie brauchen, um ſich zu entſchließen. Ich endige meine Äußerungen mit der Hoffnung, daß Sie die Regierungsvorlage mit großer Majorität annehmen werden. (Lebhafter Beifall.)

Dieſe Hoffnung ward nicht getäuſcht. Die Kommiſſion erledigte ihre Aufgaben willig und raſch. Der Reichſtag nahm die Vorlage in zweiter und — ſchon am 30. Januar — in dritter Leſung an; nur die Sozialdemokraten und der größte Teil der Deutſchfreiſinnigen ſtimmten dagegen.

3. Der militärfromme Kanzler; Kaiſer und Reichſtag.

21. März 1889.

In einem Nachtragſetat für 1889/90, deſſen Forderungen ſich hauptſächlich auf eine Verſtärkung der Feldartillerie bezogen, handelte es ſich außerdem auch um eine Neuorganisation der Marine inſofern,

als die bisher einheitliche Spitze der Admiralität in ein Oberkommando für den aktiven Dienst und ein Marineamt für die laufende Verwaltung geteilt werden sollte. Bei der zweiten Lesung in der 44. Sitzung des Reichstages am 21. März 1889 erklärte Frhr. v. Franckenstein sich im Namen der großen Mehrheit der Zentrumsmitglieder gegen die Bewilligung. Dringlich könne die Sache nicht sein, da die Forderung sonst bereits in dem wenige Wochen vorher beratenen Etat erschienen wäre; man werde übers Jahr dazu Stellung nehmen. Auch Abgeordneter Richter trat als Gegner der Neuerung auf, die er für durchaus nachteilig und schädlich halte; sie scheine nicht aus der Sache heraus geschaffen, sondern auf bestimmte Personen zugeschnitten zu sein. Nach dem Kommissar des Bundesrats, Kontreadmiral Heusner, welcher die technische Rechtfertigung übernahm, griff auch Fürst Bismarck folgendermaßen in die Verhandlung ein:

Ich habe das Bedürfnis, auch vom Standpunkte des Reichskanzlers und der Reichsverfassung einige Bemerkungen über die Vorlage zu machen. Ehe ich dazu schreite, wende ich mich gegen die Aeußerung des Herrn Freiherrn von Franckenstein, daß diese Sache, wenn sie wirklich eilig und dringend wäre, früher hätte vorgebracht werden müssen, und daß sie ebenso eilig, wie heute, am Tage der Vorlegung des Hauptetats gewesen sein müsse. Nun möchte ich den Herrn Abgeordneten doch bitten, zu erwägen, daß wir im vorigen Jahre hintereinander zwei Thronwechsel, zwei Souveräne gehabt haben, die für die Landarmee ein hohes Interesse, für die Marine vielleicht nicht ganz dasselbe Interesse hatten, wie der jetzt regierende Herr, daß der Letztere doch, als er zur Regierung kam, eine gewisse Zeit gebraucht hat, um seine Ansichten über die weitere Entwicklung der Marine zum Ausreifen zu bringen. Es wird von dem Herrn, namentlich da er in der Lage war, im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens zunächst sich

mit den Aufgaben, Reisen und Besuchen zu beschäftigen, welche diesen Zweck hatten, nicht verlangt werden können, daß er mit der Schnelligkeit eines um Johanni rechtzeitig verwarnten und ermahnten Rates eines Ministeriums sich schlüssig mache über das, was vorgelegt werden soll. Ich bin überzeugt, daß der Herr Freiherr von Franckenstein, wenn er sich diese Stellung des höchsten Kriegsherrn zur Marine vergegenwärtigt, uns daraus keinen Vorwurf wird machen wollen, daß das, was jetzt vorgelegt wird, nicht schon vor drei oder vier Monaten vorgelegt worden ist. Es war eben nicht fertig. Es kann aber nichtsdestoweniger, auch wenn es damals nicht fertig war, doch eilig sein. Ich wünsche ja nicht, daß es eilig werde; es würde aber eilig werden, sobald die Aussichten, die wir jetzt auf die Erhaltung des Friedens haben, sich trüben sollten. So, wie es bisher bestanden hat, konnte es doch nur bestehen durch eine große Enthaltksamkeit eines sehr militärfrommen Kanzlers in Bezug auf jede Einmischung in die Dinge. (Heiterkeit.)

Es stehen dem Reichskanzler zwei ganz heterogene Behörden gegenüber, die eine die Kommandobehörde, die lediglich in der Hand des Kaisers liegen soll, der in Krieg und Frieden über die Marine soll verfügen können, die andere die Verwaltung, die finanzielle Behörde, die in erster Linie dem Reichskanzler Rechenschaft schuldig ist, die sich aber nicht rühren kann ohne Bewilligung des Reichstags.

Eine Einmischung des Reichskanzlers in das Kommando der Armee und Marine halte ich als das sorgfältigst zu verhütende, weil der Reichskanzler eben vom Reichstage in einer gewissen Abhängigkeit ist, und eine Einmischung des Reichstags in die geltende Macht des

Kommandos die größte Gefahr für die staatlichen Verhältnisse bedeuten würde. (Sehr richtig! rechts.) Das werden Sie mir alle zugeben, und deshalb halte ich die Rechte des Kaisers und die Rechte des Reichstags und der Beamten, die dem Reichstage die Verantwortung schuldig sind, genau voneinander getrennt.

Der Oberkommandierende der Marine soll meines Erachtens ein viel zu hoch stehender Soldat, will ich sagen, sein, um mit dem Reichskanzler irgend etwas zu thun zu haben, mit dessen Verantwortlichkeit, mit dessen Verfügung. Hätte ich mich bisher nicht enthalten irgend einer Einmischung in Dinge, die ich wenig oder nur mittelbar verstehe, so wäre es schon bisher nicht gegangen. Ich habe das Bedürfnis, daß meine verfassungsmäßige Pflicht zur Einmischung beschränkt werde auf die Grenzen, innerhalb deren sie von der Verfassung überhaupt nur gemeint sein kann.

Die frühere Verschmelzung beider Stellen war ja möglich, weil unsere Marine unfertig war, klein und unbedeutend; sie wurde eben so mitdurchgerissen. Wenn sie heutzutage so stark wird, wie sie nach unseren Bedürfnissen defensiver und expansiver Natur sein muß, so wird sie meines Erachtens, wie das der Herr Vorredner von der Regierungsseite schon bemerkte, die volle Kraft eines ganzen Mannes absorbieren. Der, der die Marine zu kommandieren hat, wird gar nicht Zeit haben, sich um die Verwaltung und um seine Verantwortlichkeit dem Reichskanzler gegenüber irgendwie zu bekümmern, und wenn er sich die Zeit dazu nehmen wollte, nun, so würde er sein Kommando vernachlässigen.

Ich halte das bisherige Verhältnis für gerade so unnatürlich, wie es sein würde, wenn der dem preussischen

Landtage und indirekt dem Reichskanzler und dem Reichstage verantwortliche Kriegsminister zugleich kommandirender General von einem oder mehreren Korps sein würde. Würden Sie das nicht — nicht nur militärisch, sondern auch vom Standpunkte des Laien und Zivilisten — als eine ungeheuerliche Abnormität betrachten? Diese ungeheuerliche Abnormität habe ich zehn Jahre und, ich weiß nicht, länger mühsam durchgeschleppt, und nur durch meine Bescheidenheit in der Einmischung. Setzen Sie an meine Stelle einen herrschsüchtigen Kanzler, der ich nicht zu sein glaube (Heiterkeit), so wird das nicht acht Tage mehr gehen. Deshalb halte ich von meinem, wie ich glaube, in der Verfassung begründeten Standpunkte die Trennung des Kommandos von der Verwaltung für unabweislich, und ich glaube, Sie selbst, wenn Sie die Rechte, die Ihnen zustehen auf die Verwaltung, streng ausüben wollen, müssen davon den illegitimen, außerverfassungsmäßigen Einfluß, den das Kommando unter Umständen durch sein Gewicht, durch seine Macht auch dem verantwortlichen Reichskanzler gegenüber üben kann, perhorreszieren und vermeiden; Sie müssen in Ihrem Interesse meines Erachtens die strenge Scheidung von Verwaltung und Reichstag und vom kaiserlichen Militärkommando verlangen.

Ich würde es lebhaft bedauern, wenn die Entscheidung über diese Frage aufgeschoben oder die Vorlage abgelehnt würde. Ich würde mir nur dadurch helfen können, daß ich dieselbe Enthaltksamkeit, wie ich sie bisher geübt habe, auch fortfahre zu üben, das heißt, mich auf die Stellvertretung, die ich ja auch in der Marine habe, absolut verlasse und die Verantwortung meinerseits darüber ablehne. Ich bin vollkommen in der Berechti-

gung, sie abzulehnen, sobald ich vertreten bin. Ich mache von dieser Berechtigung sehr selten Gebrauch. Ich decke gern auch meine Vertreter mit meiner Verantwortlichkeit.

Aber wenn ich mich in der Lage befinde, daß mir für etwas, was ich in Uebereinstimmung mit der Verfassung für unabweislich halte zur Entlastung meiner Verantwortlichkeit, zur Beschränkung derselben auf das ihr verfassungsmäßig zugewiesene Gebiet, — wenn ich dafür nicht die Unterstützung des Reichstags haben sollte, dann muß ich mich eben einfach auf die Thatsache der Stellvertretung zurückziehen und abwarten, wie es geht. In weiterer, friedlicher Entwicklung wird es ja gehen, aber schlecht zum großen Nachteil für die Marine, in welcher die Einteilung und Einrichtung noch ein Jahr lang ein Provisorium bleibt, wie der Herr Admiral vorher schon seinerseits bemerkte; daß das für die Entwicklung der Streitbarkeit und Freudigkeit im Dienst der Marine nicht nützlich ist, werden Sie selbst zugeben.

Das ist aber ein minimaler Grund. Der Hauptgrund für mich ist: als Reichskanzler fordere ich im Namen der Verfassung die Trennung; sie ist verfassungsmäßig vorgeschrieben. Ich habe keine Verantwortung für das Kommando, und ich kann den Herrn, der das Ganze kommandiert und verwaltet, nicht in die Teile von einem Viertel und drei Vierteln teilen, von dem das eine Viertel mir gehört und ihm drei Viertel, unabhängig von meiner Amtsführung. (Bravo! rechts.)

Frhr. v. Franckenstein ließ nunmehr die erhobenen Bedenken fallen und versprach, für die Vorlage zu stimmen. Richter beharrte dagegen bei seinem Widerspruch. Der Reichskanzler habe sich auf die Autorität des Kaisers in dieser Frage bezogen; wäre diese bestimmend, wozu hätten wir dann überhaupt einen Reichstag? Fälschlich berufe man sich auf die Analogie mit der Armee;

bei dieser gebe es ja gerade keinen besonderen Oberkommandeur unter dem Kaiser. Hierauf versetzte der Reichskanzler:

Der Herr Abgeordnete Richter hat mit einer gewissen Uebertreibung gesagt: wenn die Ansichten Seiner Majestät des Kaisers hier maßgebend sein sollten, dann brauchten wir keinen Reichstag. Das ist so eine parlamentarische Rede, die sich auf der Seite extremer Parteien sehr leicht einfindet. Ich könnte darauf gerade so gut erwidern: wenn der Reichstag allein entscheiden sollte, dann brauchten wir gar keinen Kaiser. (Sehr richtig! rechts.)

Es ist doch aber wünschenswert, daß die Ansichten des Kaisers, des Höchstkommmandierenden über unsere Kriegsmacht zu Lande und zur See, Beachtung bei uns finden; ich habe sie nur zitiert als Erklärung für die Auffälligkeit der Verspätung dieser Vorlage, die Freiherr von Franckenstein berührte: ich kann ja keine Vorlage bei Ihnen einbringen ohne Mitwirkung des Kaisers; ich brauche seine Ermächtigung, seine Unterschrift. Also der Herr Abgeordnete Richter unterschätzt die Autorität des Kaisers im Reich doch ganz erheblich, wenn er das Erwähnen, das Rücksichtnehmen auf Wünsche, auf Stimmungen des Kaisers, auf das stärkere Interesse dieses Kaisers für die Marine als das seiner beiden Vorgänger tadelt; das Interesse wechselt ja, und wir können uns freuen, einen Herrn zu haben, der der Marine ein lebhafteres Interesse zuwendet als seine Vorgänger, die jung waren in der Zeit, wo wir überhaupt noch keine Marine hatten. Nehmen wir das dankbar an; wenigstens glaube ich, daß alle unsere Seeanwohner es dankbar annehmen.

Nachher hat der Abgeordnete Richter gesagt, das Heer habe ja gar kein Oberkommando; warum solle die

Marine eins haben. Nun, das Landheer hat — ich weiß nicht, sind es 15 oder 16 Oberkommandos, die alle unter dem Kaiser direkt stehen, von denen aber keines einen Anteil an der Verwaltung, an den Geschäften des Kriegsministeriums beansprucht. Es sind das die kommandierenden Generäle. Wenn der Abgeordnete die Akten in demselben Umfange kennt wie ich — ich weiß nicht, ob sie schon *publici juris* geworden sind —, so wird er daraus entnommen haben, daß dem Oberkommando der Marine die Attributionen eines kommandierenden Generals verliehen werden sollen. Das Oberkommando der Marine ist also gewissermaßen ein siebzehnter kommandierender General unter dem Namen „Marineoberkommando“. Die Distinktion, daß die Kriegsmacht zur See eine besondere Bezeichnung eines kommandierenden Generals, der unmittelbar unter dem Kaiser steht, haben soll, können Sie ihr doch wohl lassen; und darüber brauchen wir doch wohl nicht hier weiter zu diskutieren. Es ist das eine, ich möchte sagen, Titelfrage.

Die Intention Seiner Majestät, soviel ich mich erinnere, ist keineswegs, das ein Oberkommando zu nennen, sondern den Kommandierenden der Marine den kommandierenden Admiral zu nennen, gerade so wie der Befehlshaber eines Korps zu Lande der kommandierende General heißt. Wir wünschen also nur die analogen und jahrelang erprobten Einrichtungen, wie sie im Landheere sind: daß die Trennung der Marine in Kommando und Verwaltung, die Scheidung — nun, ich will nicht sagen, von Tisch, aber doch von Bett zwischen beiden vollzogen wird (Heiterkeit), damit dem Kaiser gegeben werde, was des Kaisers ist, das Kommando, und dem Reichstag gegeben werde, aber auch voll gegeben werde, was des

Reichstags ist, damit beide nicht mehr promiscue existieren. Ich glaube, es ist ein wohl berechtigter und verfassungsmäßiger Anspruch, den die verbündeten Regierungen damit erheben. (Bravo! rechts.)

Mit großer Majorität ward die Vorlage angenommen.

4. Die Urheberschaft der sozialen Politik.

29. März 1889.

In der Thronrede vom 22. November 1888 sagte Kaiser Wilhelm II.: „Als ein teures Vermächtnis Meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters habe Ich die Aufgabe übernommen, die von Ihm begonnene sozialpolitische Gesetzgebung fortzuführen. Ich gebe Mich der Hoffnung nicht hin, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen die Not der Zeit und das menschliche Elend sich aus der Welt schaffen lassen; aber Ich erachte es doch für eine Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken und durch organische Einrichtungen die Bethätigung der auf dem Boden des Christentums erwachsenden Nächstenliebe als eine Pflicht der staatlichen Gesamtheit zur Anerkennung zu bringen. Die Schwierigkeiten, welche sich einer auf staatliches Gebot gestützten durchgreifenden Versicherung aller Arbeiter gegen die Gefahren des Alters und der Invalidität entgegenstellen, sind groß, aber mit Gottes Hilfe nicht unüberwindlich. Als die Frucht umfänglicher Vorarbeiten wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher einen gangbaren Weg zur Erreichung dieses Zieles in Vorschlag bringt.“ Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung ging dem Reichstag am 27. November 1888 zu. Er nahm die Gewährung von Renten im Fall eintretender Erwerbsunfähigkeit oder der Vollendung des siebenzigsten Lebensjahres an alle Arbeiter in der Industrie und Landwirtschaft, selbst die Dienstboten, kleinen Handwerker und Handelsbessenen eingeschlossen, in Aussicht. Die Zahl derer, auf welche das Gesetz Anwendung finden sollte, ward auf 11 Millionen Menschen geschätzt. Zur Aufbringung der Mittel sollte

eine Zwangsversicherung dienen, zu der neben den Versicherten selber die Arbeitgeber und das Reich je ein Drittel beizutragen hätten. Die weiteren, überaus umfassenden und schwierigen Bestimmungen des 150 Paragraphen zählenden Gesetzes brauchen hier im einzelnen nicht berührt zu werden. Die erste Lesung beschäftigte den Reichstag am 6., 7. und 10. Dezember 1888, worauf die Vorlage an eine besondere Kommission verwiesen ward; im Plenum waren ihr alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Deutschfreisinnigen vorwiegend freundlich gegenübergetreten. Die Kommission prüfte den Entwurf mit eingehendem Bemühen in vierzig Sitzungen und nahm ihn schließlich, wenn auch mit einigen erheblichen Veränderungen, mit bedeutender Mehrheit an. Allmählich hatte sich freilich herausgestellt, daß auch innerhalb der Kartellparteien einzelne, im Zentrum nicht wenige Mitglieder sich den Gegnern aus sachlichen Bedenken beigefellen würden. Das größte Verdienst um das Zustandekommen positiver Beschlüsse erwarb sich durch unermüdlige Verteidigung der Staatssekretär des Innern v. Boetticher.

Die zweite Beratung im Plenum begann mit der 47. Sitzung des Reichstags am 29. März 1889. Nach einigen Wechselreden nahm als Kommissar des Bundesrates Staatssekretär v. Boetticher das Wort, um, nachdem er seine Freude über den Ausgang der Kommissionsberatung bezeugt, auf der anderen Seite entschieden dem Gerücht entgegenzutreten, als bestünden innerhalb der verbündeten Regierungen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Vorlage, und als habe der Reichskanzler selber rundweg erklärt, er lege auf das Zustandekommen des Gesetzes nicht den mindesten Wert. Die Wahrheit sei, daß Fürst Bismarck es im Gegenteil geradezu als eine Beleidigung bezeichnet habe, wenn man ihm nachsage, es fehle ihm an ausreichendem Interesse für diesen Gesetzentwurf. Eben in diesem Augenblicke betrat der Reichskanzler den Saal und erhob sich, nachdem Herr v. Bötticher seine Rede vollendet, zu folgender Ansprache:

Wenn ich nach der sachkundigen und erschöpfenden Auslassung des Herrn Vorredners in dieser Sache das Wort ergreife, so werde ich dazu lediglich durch den zufälligen Umstand geleitet, daß der Herr Vorredner in

meiner Anwesenheit sich über meine Stellung zur Sache ausgesprochen hat, und wenn ich dazu schweigen wollte, es so aussähe, als wäre ich nicht vollständig mit dem Herrn Vorredner in Betreff dessen, was er über mich gesagt hat, einverstanden. Dem entgegenzutreten ist meine Pflicht, der Sache und dem Herrn Vorredner gegenüber; daß der — ich kann es nicht anders nennen als „Verdächtigung“ —, deren Existenz er angedeutet hat, auch von mir widersprochen werde, erscheint mir eine Notwendigkeit. Mir ist schwer verständlich, wie dieses Gerücht entstanden sein kann. Ich habe einigermaßen darüber nachgedacht, was ich wohl gethan und gesagt haben könnte, um dazu Anlaß zu geben; ich habe nichts derart entdecken können. Ich muß es als eine reine und dreiste Erfindung bezeichnen. Ich habe im Anfange dieses Winters allerdings nicht geglaubt, daß wir Aussicht hätten, diese umfängliche Vorlage noch in diesem Winter, noch in dieser Session verabschieden zu können. Ich glaubte, sie würde nicht durchdiskutiert werden. Daß sie eingebracht werden würde, war mir vollständig klar; wie konnte ich als Reichskanzler darüber unklar sein? sie kann ja ohne mich gar nicht eingebracht werden. Aber ich glaubte, wir würden gewissermaßen ein totes Rennen haben und die Vorlage das nächste Jahr noch einmal einbringen müssen. Ob ich dieser meiner Meinung jemals Ausdruck gegeben habe, weiß ich nicht; das wäre aber das Einzige, was einen Anlaß oder einen Vorwand gegeben haben könnte, die angedeutete Unwahrheit über meine Stellung zur Sache zu verbreiten. Ich habe dabei die Arbeitsamkeit der beteiligten Herren und namentlich die meines verehrten Kollegen, der soeben gesprochen hat, also offenbar unterschätzt, wie vielleicht

diejenigen, welche aus meiner Nichtbeteiligung an den Kommissionsberatungen den Schluß gezogen haben, daß ich kühl zu der Sache stände, meine Arbeitsamkeit und meine Arbeitsfähigkeit überschätzt haben. Ich glaube, daß die öffentlichen Blätter meiner politischen Freunde übertreiben, wenn sie von mir sagen, daß ich, schnell alternd, der Arbeitsunfähigkeit entgegenginge. (Große Heiterkeit.)

Einiges kann ich noch leisten, aber nicht alles, was ich früher gethan habe. (Heiterkeit.)

Wenn ich die Aufgaben eines auswärtigen Ministers eines großen Landes, und auch nur die noch zur Zufriedenheit leiste auf meine alten Tage, dann werde ich immer noch das Werk eines Mannes thun, das in anderen Ländern als ein volles Manneswerk gilt (lebhaftes Bravo), und ein dankenswertes Werk. Wenn es mir gelingt, dabei in Einigkeit mit allen verbündeten Regierungen und mit Seiner Majestät dem Kaiser, im Genusse des Vertrauens der fremden Regierungen, unsere auswärtige Politik weiter zu führen, so sehe ich das einstweilen für meine erste, für meine primo loco Pflicht an. In allen anderen Beziehungen bin ich leichter ersetzbar. Die Summe von Vertrauen und Erfahrungen, die ich aber in etwa 30 Jahren auswärtiger Politik mir habe erwerben können, die kann ich nicht vererben und die kann ich nicht übertragen.

Namentlich in diesen jetzt vorliegenden Fragen bin ich durch meinen Kollegen Herrn von Boetticher ja mehr als ersetzt. Ich hätte das, was er in dieser Sache gethan und geleistet hat, selbst nicht leisten können, auch selbst wenn ich in der Möglichkeit gewesen wäre, mich ausschließlich dieser Angelegenheit zu widmen. (Lebhaftes

Bravo auf beiden Seiten des Hauses.) Jeder hat sein eigenes Fach, und in diesem Fache sehe ich neidlos das Verdienst meines Herrn Kollegen als das größere an als das meinige. (Wiederholtes lebhaftes Bravo.)

Aber so viel Verdienst habe ich doch auch in dieser Sache, daß ich es fast als eine Beleidigung ansehen könnte, wenn man von mir glauben wollte, daß ich sie nun im Augenblicke der Entscheidung im Stiche lassen würde. Ich darf mir die erste Urheberchaft der ganzen sozialen Politik vindizieren (hört, hört! Bravo! sehr richtig rechts), einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaisers Wilhelm für diese Sache zu gewinnen. Er hat es als seinen schönsten Triumph bezeichnet, den er noch haben würde, und den er noch zu erleben wünschte, wenn diese Fürsorge für den Bedürftigen noch unter seiner Regierung zum Abschluß kommen könnte. Der jetzt regierende Kaiser hat es eine seiner ersten Aeußerungen sein lassen, sich diese Neigung seines hochseligen Herrn Großvaters unbedingt anzueignen. Wie sollte ich nun dahin kommen, dieses unter meiner Initiative ins Leben gerufene Werk dicht vor dem Abschlusse zu verleugnen, ja sogar zu bekämpfen! Es hieße das nicht nur das Andenken des alten Kaisers, sondern auch den Dienst meines jetzigen Herrn vollständig verraten und verlassen. (Bravo! rechts.) Es ist das in der That eine fast beleidigende Zumutung, die mir damit gestellt wird.

Ich habe auf die Einzelheiten nicht die Möglichkeit hier einzugehen, und es würde eben auch für mich ultra crepidam sein, wenn ich nach der ausführlichen und erschöpfenden Darlegung des Herrn Vorredners das ver-

fuchen wollte. Ich würde überhaupt nicht das Wort ergriffen haben, wenn nicht in meiner Gegenwart diese Zweifel an meiner Stellung zur Sache öffentlich zur Sprache gebracht worden wären. Ich kann sie nicht direkter widerlegen, als indem ich auch meinerseits die Herren bitte, die Vorlage mit möglichst großer Mehrheit anzunehmen, — was nicht ausschließt, daß man über Einzelheiten per majora abstimmen kann. Ich wenigstens habe keine vorgefaßte Ansicht über solche Details in der Sache, die den Gesamtzweck unberührt und unbeschädigt lassen, und bin ganz bereit, mich der Mehrheit des Reichstags und der verbündeten Regierungen darin zu fügen. Aber für die Annahme des Gesetzes in seiner Gesamtheit trete ich mit voller Ueberzeugung und mit der dringenden Bitte ein, Ihrerseits derselben entsprechen zu wollen. (Lebhaftes Bravo.)

5. Die Altersversicherung; letzte Vermahnung vom „alten Herrn“.

18. Mai 1889.

Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Alters- und Invaliditätsversicherung umfaßte vom 29. März bis zum 11. Mai 1889 eine Reihe von 18 Plenarsitzungen. Bei dem provisorischen Charakter der Abstimmungen über so viele, mehr oder minder wesentliche Punkte, bei der Abneigung, welche nicht nur der größte Teil des Zentrums unter Windthorst's Führung, sondern auch etliche Nationalliberale und Konservative, zumal Vertreter der nordöstlichen Provinzen des preußischen Staats, gegen das Gesetz im ganzen an den Tag legten, konnte das Ergebnis der dritten Lesung immer noch ziemlich ungewiß erscheinen. Diese begann mit der 69. Sitzung am 17. Mai. Es sprachen an diesem Tage gegen das Gesetz: für die Sozialdemokraten der Abgeordnete Singer, welcher nicht verfehlte, die Thatsache des kurz zuvor

ausgebrochenen Strikes der Kohlenarbeiter auf den westfälischen Zechen in seinem Sinne zu benutzen, für die Deutschfreisinnigen Barth, für die Polen v. Komierowski, für die Elässer Winterer; außer ihnen aber auch der freikonservative Abgeordnete Holt vom Standpunkte der westpreussischen Gutsbesitzer. Unter anderem, was er bemängelte, erregten vornehmlich die harten Strafbestimmungen, mit denen das Gesetz die Arbeitgeber für jederlei Verschmämmnis bei der Versicherung ihrer Arbeiter bedrohte, seinen Unwillen. In ähnlicher Weise führte bei der Fortsetzung der Generaldiskussion in der 70. Sitzung am 18. Mai der konservative Abgeordnete Staudy die Interessen der östlichen Landwirtschaft ins Treffen; doch meinte er, dieselben durch einige Abänderungsanträge sichern zu können. Vollkommen ablehnend sprach sich dagegen der Welfe Frhr. Langwerth v. Simmern aus. Beiden antwortete mit lebendigem Eifer Staatssekretär v. Boetticher. Nachdem dann noch Abgeordneter v. Windthorst die Argumente seiner agrarischen Parteigenossen bekämpft hatte, ergriff Fürst Bismarck folgendergestalt das Wort:

Ich habe, als ich das letzte Mal in dieser Frage hier das Wort nahm, schon hervorgehoben, daß meine Nichtbeteiligung an den Diskussionen im einzelnen nicht aus Mangel an persönlichem Interesse hervorgeht, sondern aus Mangel an Kräften, der Gesamtheit meiner Aufgaben nach allen Seiten hin wie früher zu genügen. Es ist mit den Jahren für mich eine Notwendigkeit geworden, den Kreis meiner Thätigkeit prinzipiell enger zu ziehen. Ich habe, wie ich schon neulich bemerkte, vor allen Dingen die Leitung der auswärtigen Beziehungen und auch die Leitung der inneren Politik in ihren Hauptrichtungen, in Preußen sowohl wie im Reich, beibehalten zu müssen geglaubt; außerhalb des damit gezogenen Kreises liegt für mich die Aufgabe, hier Reden zu halten, von denen ich ganz sicher bin, daß sie keine einzige Stimme in der definitiven Abstimmung gewinnen werden, und wenn ich auch mit Engelszungen redete.

Die Herren wissen ja alle schon heute, wofür sie stimmen wollen, und wogegen sie stimmen wollen, und alles, was hier an Beredsamkeit ausgetauscht wird, selbst das, was an anscheinender Bitterkeit und Feindschaft ausgetauscht wird, ist doch für andere Gegenden berechnet, und nicht für den Einfluß auf irgend jemanden, der hier in diesem Saale stimmberechtigt ist.

Ich habe, als ich hereintrat, mit einer gewissen Genugthuung wahrgenommen, daß mein verehrter Kollege zu meiner Rechten noch Zeit und Kraft hat zu dem Versuch, einen Welfen befehren und für eine reichsfreundliche Sache gewinnen zu wollen. (Heiterkeit.) Ich habe dem — nicht mit der sarkastischen Ruhe des Alters, aber mit der aufrichtigen Freude an der Lebenskraft, die in meinem Kollegen noch steckt, zugehört (Bravo! Heiterkeit); aber ich teile die Illusion nicht, unter deren Herrschaft er seine Kräfte, deren Schonung für die Zukunft ich doch auch dringend wünsche, Herrn von Langwert gegenüber erschöpft — nicht erschöpft, aber doch zum Teil verbraucht hat.

Es hat mich in keiner Weise überrascht, daß die sozialdemokratische Partei gegen dieses Gesetz ist. Wenn — meine Orientirung darüber beruht auf einer Parlamentskorrespondenz vom gestrigen Abend — wenn eins der Mitglieder der freisinnigen Partei gesagt hat: daß wir die Sozialdemokraten mit dieser Vorlage nicht gewinnen würden, ginge aus deren Auftreten hier dagegen hervor, — so möchte ich darauf doch erwidern, daß dieser Redner — ich glaube, es war der Abgeordnete Dr. Barth — zwei Dinge vollständig verwechselt: das sind die sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratischen Massen. (Sehr richtig!) Die Massen, welche mit irgend etwas

unzufrieden sind, mit etwas, dem auch die Sozialdemokratie nicht würde abhelfen können, stimmen bei den Wahlen für die Sozialdemokraten, weil sie ihrer Unzufriedenheit durch eine antigouvernementale Abstimmung eben Ausdruck geben wollen. Auf einem ganz anderen Boden stehen die Herren, deren ganze Bedeutung, deren Herrschaft darauf beruht, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Massen unzufrieden bleiben. Diese lehnen natürlich das Gesetz ab, weil es immer — es wird die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit nicht versöhnen — doch ein Schritt auf dem Wege und eine Abfindung mit unserem eigenen Gewissen ist, daß wir wirklich berechnete Unzufriedenheiten nach der Möglichkeit, die sich uns bietet und die der Reichstag uns gestattet, mildern wollen, eine Beruhigung unseres Gewissens für den Fall, daß das nicht hilft, sondern daß wir fechten müssen. Täuschen wir uns doch darüber nicht, daß wir mit der Sozialdemokratie nicht wie mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Diskussion sind; sie lebt mit uns im Kriege (sehr richtig!), und sie wird los schlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt. Und diese Stärke vorzubereiten — nicht der großen Partei, sondern der Führer —, ist ja die ganze Aufgabe ihrer Politik, — und alles, was diese Stärke zum Los schlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des Massentritts der Arbeiterbataillone schädigen kann, hindern kann, hemmen kann, das werden sie natürlich bekämpfen; also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staats wegen geschieht, hinderlich sein, — das mindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen sie. Also das war natürlich vorauszu sehen, daß sie dagegen stimmen würden.

Ich habe mich auch darüber nicht gewundert, daß die Herren von der freisinnigen Partei dagegen stimmen. Ich habe in dem Vierteljahrhundert und mehr, daß ich an dieser Stelle bin, noch nie von diesen Herren eine Zustimmung für irgend etwas gehabt (oho! bei den Freisinnigen) — wenn ich allein vielleicht ausnehme vor Jahr und Tag die letzte Zustimmung zur letzten Hand, die an unsere Wehrverfassung gelegt wurde. Ob Sie da aus Liebe zum Reich und in Minderung Ihrer Abneigung gegen meine Person gestimmt haben, oder in der fraktionsmäßigen Notlage Ihre Zustimmung oder Ihr Schweigen haben geschehen lassen — (Rufe links: Pfui!) — Meine Herren, von „Pfui“ ist da nicht die Rede, — erlauben Sie, daß ich da ganz offen rede; wer mir „Pfui“ sagt, den nenne ich: unverschämt! (Bravo! rechts.) Ich will den Herrn gar nicht fragen — — Sie mögen die Wahrheit nicht hören; ich bin aber hier, um Ihnen die Wahrheit zu sagen; insultieren lasse ich mich nicht, dann insultiere ich wieder. (Bravo! rechts.) „Pfui“ — ich weiß nicht, worauf sich das bezog; ich kann deshalb darauf nicht erwidern. Ich betrachte es als einen allgemeinen Ausdruck des Hasses, dessen Gegenstand ich seit Jahren hier an dieser Stelle für die Herren, welche dort sitzen, gewesen bin. Als Christ kann ich das hinnehmen, aber als Kanzler, so lange ich hier stehe, kämpfe ich dagegen und lasse mir dergleichen nicht sagen, ohne darauf zu reagieren.

Kennen Sie außer Ihrer teils schweigenden, teils ausdrücklichen Zustimmung zu unseren Wehrvorlagen irgend eine organische Bestimmung, von der Reichsverfassung angefangen bis an die heutige Vorlage, bei der die freisinnige Partei, oder, wie sie früher hieß, die

Fortschrittspartei, der Regierung irgend entgegengekommen wäre, bei der sie das Bestreben gezeigt hätte, sich zu fragen: befestigen wir hierdurch das Reich oder nicht? Sie hat sich vielleicht gefragt; aber wenn sie sich in ihrem inneren Forum die Frage beantwortet hatte, — für welche Seite sie sich dann entschieden hat, zur Befestigung oder nicht, das zu entscheiden überlasse ich dem Urteil der Geschichte.

Daß die Herren Welfen gegen die Vorlage sind, das geht aus anderen Gründen hervor, als die Opposition der Fortschrittspartei. Ich sage von der Fortschrittspartei nicht, daß sie das Reich nicht will, aber sie will das Reich angebrachtermaßen nicht, mit dieser Verfassung, nicht mit diesen Menschen an der Spitze. Wenn die Herren von der Fortschrittspartei selbst an der Spitze ständen, ich glaube, sie würden recht kräftig eingreifen, um das Reich nach der inneren Seite hin stärker zu machen; und ich glaube, sie würden weniger Opposition vertragen, als wir sie vertragen.

Wenn die Polen eine Vorlage verwerfen, so geben sie damit nur das Zeugnis ab, daß dieselbe zur Konsolidation des Deutschen Reiches führen könnte; daß die Franzosenfreunde, welche durch voreiligen Beschluß des Reichstags in seine Mitte zugelassen worden sind, (Rufe: hört! hört!) um an der Gesetzgebung über das gesamte Reich teilzunehmen — dazu haben wir wahrhaftig nicht den Krieg geführt, um uns 14 Franzosen einzuimpfen —, daß die dagegen sind, ist ebenso natürlich, und wie der Herr Abgeordnete von Kardorff ganz richtig bemerkte: vom Feinde soll man lernen. Es zeigt uns die Opposition dieser Herren, daß in diesem Gesetz etwas drin stecken muß, was dem Deutschen Reiche nützlich sei.

Ich würde bei der Selbstverständlichkeit dieser Opposition und ihrer Borausfichtlichkeit darüber gar nicht gesprochen haben. Aber auch von konservativer Seite wird gegen das Gesetz eine Opposition teils im ganzen, teils angebrachtermaßen geübt, die ich mit der Aufgabe der konservativen Partei nicht verträglich finde. Ich möchte jedem Konservativen, der hier gegen dies Gesetz auftritt, mit dem Spruch des Dichters antworten:

Es thut mir lang' schon weh,

Daß ich dich in der Gesellschaft seh'.

Es liegt ja sehr nahe — *les extrêmes se touchent* —, daß Hyperkonservative — ich habe das oft in meinem Leben schon durchgemacht — sich unter Umständen, wenn sie zornig werden, im politischen Effekt von den Sozialdemokraten nur mäßig unterscheiden. (Heiterkeit.) Ich möchte den Herren zurufen zur Erinnerung an den Boden des Vaterlandes und selbst der Partei, auf dem sie stehen: wie können Sie von seiten der konservativen Partei auf diese Weise dem individuellen Zorn, dem Verdruß, dem lokalen Interesse Raum geben gegenüber einer Frage, welche die Gesamtheit des Reiches so bis in ihre innersten Tiefen berührt, wie das hier geschehen ist! Ich bin betrübt gewesen, in dem Berichte von der gestrigen Sitzung aus einem konservativen Munde unseren Gegnern das Zeugnis geliefert zu sehen, daß in dergleichen Sachen die Gutsinteressen, die lokalen, die persönlichen Interessen in erster Linie maßgebend sind, von den großen Reichsinteressen, von den nationalen, den christlichen Interessen aber gar nicht mehr die Rede ist.

Das, meine Herren, ist kein konservatives Gebaren, und wer sich auf diese Seite der Kirchturmspolitik, des Lokalpatriotismus, des Provinzialpatriotismus stellt, der,

glaube ich, erfüllt die Aufgaben, die ein Mandat eines Reichstagsabgeordneten an ihn stellt, doch nur partiell, mit viel Schatten und wenig Licht.

Der Herr Abgeordnete Holz, der Einzige der konservativen Partei, dessen Rede ich kenne — der Herr Abgeordnete von Staudy hat heute gesprochen; ich hatte aber noch nicht Zeit, ihn — (Zuruf: Reichspartei!) — Nun, ich nenne die Reichspartei eine konservative Partei. (Sehr richtig! rechts.) Ich hatte bisher nie einen Unterschied gemacht, und ich muß betonen: ich bedaure, wenn dieser Unterschied accentuiert wird. Es gibt auch in der engeren konservativen Partei immer noch Abstufungen, welche miteinander nicht vollständig einverstanden sind; und selbst wenn man sie noch enger faßt, so wird man nach der Eigentümlichkeit der Deutschen in der Selbständigkeit ihrer persönlichen Meinung finden, daß unter sechs Konservativen noch immer zwei anderer Meinung sind als die anderen vier, und ihre Meinung nicht fallen lassen. Das ist gerade ein Zeichen von dem urgermanischen Charakter der Konservativen. Die ganze deutsche Zerissenheit ist entstanden aus diesem Ueberschuß von Selbständigkeit. Liberal zu sein, — ja, da schwimmt man eben mit dem Strom (Heiterkeit), und das geschieht. Der Franzose ist ja viel regierbarer als der Germane. Unser ganzer Liberalismus neigt etwas nach der Seite hin. Im Liberalismus ist eine Diktatur ja ganz natürlich; wer nicht mitgeht, wird über Bord geworfen oder wird in der Fraktion mit der Peitsche der Rede so lange gezüchtigt, bis er sich fügt. Eine solche Tyrannei gibt es nicht in der konservativen Partei, zu der ich nicht nur die Reichspartei rechne, sondern auch zwei andere Fraktionen, große Fraktionen in diesem Hause, — die

nenne ich konservativ; bei ihnen ist die Selbständigkeit eben germanisch und deshalb schwieriger zu regieren, aber doch auch auf die Dauer der Vernunft zugänglich.

Der Herr Abgeordnete Holz hat die geringen Sympathien für dieses Gesetz in seinem Wahlkreise berührt. Meine Herren, mit dem Argumente sollten wir hier doch nicht kommen. Sympathien im Wahlkreise kann jeder für sich anführen; das wird jeder, der wirklich von der Majorität gewählt ist, — ich bin auch Abgeordneter gewesen — mit Leichtigkeit erzeugen können in dem Wahlkreise, wenn er hinkommt und dort eine Rede hält. Außerdem sind die Abgeordneten hier, um nach ihrer Erwägung dessen, was für das Gemeinwohl des gesamten Reiches nützlich ist, zu stimmen, aber nicht nach den Stimmungen in ihrem Wahlkreise. (Sehr richtig!)

Herr Holz hat ferner als einen Hauptgrund seiner Abneigung die Besorgnis gekennzeichnet, daß andere Provinzen, die westlichen Provinzen unseres Vaterlandes, von diesem Gesetz mehr Vorteil haben könnten als die östlichen. Das beruht nun schon auf einer Art von Mißgunst, welche ich in Behandlung großer Fragen nicht für angebracht halten möchte, — ebenso wie die Mißgunst zwischen Ackerbau und Industrie. Beide gehen meines Erachtens Hand in Hand, und das gesamte Reich wird unter der Wohlfahrt seiner Westprovinzen auch keinen Schaden leiden. Ich glaube aber, der Herr Abgeordnete irrt sich durchaus in seiner Befürchtung.

Es ist mehrfach Beschwerde darüber geführt worden, daß vom Regierungstisch geäußert sei, das Gesetz wäre nicht verstanden. Nun, das will ich so nicht sagen. Die Herren Abgeordneten sind alle hinreichend juristisch gebildet, um das Gesetz zu verstehen; aber sie sind nicht

alle mit dem praktischen Leben vertraut genug, um die richtige Folge aus diesem Gesetz zu ziehen. Der Herr Abgeordnete Holz hat einen falschen Schluß gezogen. Der Zug nach den Westprovinzen ist bereits längst vorhanden und ist, glaube ich, so weit die Ostprovinzen und deren Bewohner ihm unterstehen, längst erfüllt. Sie finden Tausende von Polen unter den streikenden Arbeitern in Westfalen heutzutage; Sie finden sie bei den Arbeitern in Schleswig; Sie finden Sachseingänger, die bis an den Rhein aus Schlesien gehen.

Das ist alles schon geschehen, und ich glaube nicht, daß der Deutsche die hypochondre Auffassung hat, daß er gerade für den Sterbefall, für den Altersfall seine Heimat wechselt. Er geht dahin, wo der Lohn besser ist; er überlegt sich nicht, daß die Kosten, die Ausgaben, welche er dort zu leisten hat, ebenfalls größer sind als zu Hause. Er kommt mitunter wieder; im ganzen gebe ich zu, daß er sich besser amüsiert in den Westprovinzen, aber er prosperiert dort nicht besser.

Ich glaube, daß der Abzug der ländlichen arbeitenden Bevölkerung auch noch nicht so stark nach den Westprovinzen ist, wie nach den großen Zentren, den großen Städten. (Sehr richtig! rechts.) Ueber die landwirtschaftlichen Fragen kann ich aus eigener Erfahrung mit sprechen, obschon mir in den letzten 20 Jahren meine staatliche Beschäftigung fast nur gestattet, die trüberen Erfahrungen aus der Landwirtschaft mir zur vollen Anschauung zu bringen. Indessen nichtsdestoweniger kenne ich diese Sachen ziemlich genau. Ich habe Leute, welche zuerst, durch das Militärverhältnis veranlaßt, vorzogen, in dem Ort, wo sie gedient hatten, in Berlin, zu bleiben, und mir nachher mit starken Charité-

rechnungen nach Hause kamen; und das zum zweitenmal. Da habe ich gefragt: was ist denn das, was euch in Berlin so anzieht? Wohnung, Behandlung, alles ist kaum so gut wie zu Hause. Schließlich habe ich ausfindig gemacht: das einzige, was mir die Leute mit einem gewissen Erröten als durchschlagenden Grund sagten: „ja, so einen Ort, wo im Freien Musik ist, und man im Freien sitzen und Bier trinken kann, ja, den hat man in Barzin doch nicht.“ (Heiterkeit.) Nun, das ist also ein Anziehungsmittel nach den großen Städten. Ein ruhiger, ordentlicher, ehrlicher Mensch, der aber nicht zu Hause bleiben wollte — er ging wieder weg — hat mir dies schließlich als Motiv angeführt, und es ist ja zum Verständnis unserer inneren staatlichen Verhältnisse notwendig, solche Sachen sich zu erklären.

Daß ein großer Hang und Drang nach Westen in Folge dieses Gesetzes sein wird, halte ich für eine durchaus unrichtige und irrtümliche Ansicht. Eine größere Ungebundenheit des Lebens, ein größerer Reiz zur Geselligkeit im Leben ist im Westen nicht vorhanden; sie ist allerdings in Berlin, sie ist in allen größeren Städten vorhanden. Aber ich glaube, daß die Ungebundenheit des Lebens auf den Dörfern im Westen mitunter eine viel geringere ist als bei uns im Osten, in den sogenannten patriarchalischen Verhältnissen.

Nun sagt der Herr Abgeordnete:

Die sonst sehr wertvollen Anträge Lohren sind für mich unannehmbar, weil sie zu große Differenzen in den Beiträgen schaffen; jedenfalls haben die neuen Beschlüsse die pekuniäre Belastung gegen die ursprüngliche Regierungsvorlage erhöht.

Ich bin Mitglied der konservativen Partei gewesen zu

der Zeit, wie ſie Fraktion Stahl hieß. Da haben wir uns doch in den pekuniären Fragen niemals mit der Regierung in Oppoſition geſtellt, ſondern wir haben uns nur gefragt: welche Einrichtungen ſind geeignet, die Stetigkeit unſerer Entwicklung, die Feſtigkeit unſeres Staates, die Feſtigkeit unſerer Monarchie zu ſtützen, und welche nicht? In ſolche Apothekerrechnungen hinein über die pekuniären Fragen (Heiterkeit) hat die damalige konſervative Partei ſich niemals eingelassen — abgesehen davon, ob dieſe Apothekerrechnung richtig iſt; und ich halte ſie für außerordentlich unrichtig, wie ſie da aufgeſtellt iſt. (Sehr richtig!)

Der geſtrige Herr Redner hat geſagt, die Beiträge betragen 7 Mark pro Jahr für ein Gut von 500 bis 600 Mark Grundsteuer, das jahraus jahrein 100 Mann beſchäftigt. Nun frage ich jeden Landwirt hier: wie kann ein Gut von 500 bis 600 Mark Grundsteuer 100 Mann jahraus jahrein beſchäftigen? (Heiterkeit. — Sehr richtig!) Das iſt eine absolute Unmöglichkeit. Ich habe Güter auch gerade von dieſer Ausdehnung beſeſſen und ſelbſt bewirtheftet; da habe ich gefunden, daß da, wo ich ſtarke Brennerei und intensive Wiſtſchaft hatte, ich auf einem Gut von 500 bis 600 Mark Grundsteuer mit 30, 32, 36 Mann auskam, auch mit etwas weniger, da aber, wo ich keine Brennerei und keinen ſtarken Kartoffelbau hatte, mit 20 bis 25 ganz reichlich. Es iſt alſo dieſe Berechnung um 200 Prozent übertrieben meiner Auffaſſung nach. (Heiterkeit.)

Herr Holz ſpricht von einem Gute von 500 bis 600 Mark Grundsteuer. Nun, die Grundsteuer variiert ja — ich will von Minimal- und Maximalbeträgen abſehen — im großen und ganzen zwischen 50 Pfennig

und 2 Mark. Wenn das Gut von mäßigem Boden ist, so wird es 50 Pfennig Grundsteuer pro Morgen bezahlen und dann also bei einer Grundsteuer von 5 bis 600 Mark etwa 1000 bis 1200 Morgen groß sein. Ist es ein Gut von schwerem Boden, welches 1 Mark Grundsteuer zahlt, so wird es 500 bis 600 Morgen groß sein. Wie wollen Sie nun auf einem Gut von 500 bis 600 Mark Grundsteuer, ohne großen intensiven Fabrikbetrieb zu haben, 100 Mann jahraus jahrein beschäftigen? Der Mann braucht doch durchschnittlich, um zu leben, mindestens 100 Thaler im Jahre, also 300 Mark. Die 100 Arbeiter des Herrn Redners verzehren ihm danach 30 000 Mark von vornherein weg. Wie kann er die überhaupt — und zwar jährlich 30 000 Mark nicht kapitalmäßig — wie kann er die überhaupt aufbringen bei einem Gute von 5 bis 600 Mark Grundsteuer? Ich habe darin auch Erfahrungen, die mich vollständig berechtigen, diese Rechnung als absolut unrichtig zu kennzeichnen.

Er fügt dann hinzu:

Die große Zahl der Besitzer hat nur 20 bis 30 000 Mark Eigentum an ihrem Besitze.

Ja, das ist allerdings ein betäubender Zustand, der sich bei diesen schlechten Zeiten der Landwirtschaft, bei diesen schwankenden Verhältnissen überhaupt nicht als haltbar erweist, wir mögen Gesetze machen, wie wir wollen. Ein solches Gut, welches 500 Mark Grundsteuer bezahlt, wird doch wahrscheinlich den fünfzigfachen Betrag der Grundsteuer des Reinertrags, d. h. 250 000 Mark wert sein. Wenn ich nun ein Gut von 250 000 Mark besitze, von dem mir 220 000 Mark nicht gehören, dann kann ich nicht die Gesetze anklagen, wenn ich bei einem solchen

leichtfertigen Unternehmen zu kurz komme. Da hätte der betreffende Besitzer das Gut nicht kaufen oder rechtzeitig verkaufen und sich mit seinen übrigbleibenden 30 000 Mark, wenn er wirklich so viel übrig hat, auf ein anderes Geschäft einrichten sollen. Das klingt ja hart und mitleidslos; aber ich finde, daß die Argumentation, welche damit geführt wird, daß ein Besitzer von einem so großen Gute überhaupt nur 20 bis 30 000 Mark an seinem Gute besitzt, wenn er 600 Mark Grundsteuer bezahlt, nicht zutreffend ist. Mit solchen extremen Beispielen kann man ebensowenig rechnen, wie mit den 100 jahraus jahrein beschäftigten Leuten auf 500 Morgen bei mittlerem Boden.

Der Herr Redner hat ferner gesagt:

Die Arbeit ist in Westpreußen durch die Sachsengängerei weit mehr gefragt, als das Angebot beträgt.

Ja, das mag ja sein. Darunter leiden alle die Güter in den östlichen Gegenden, welche nicht in der Nähe eines industriellen Unternehmens liegen. Nun fehlt gerade in Westpreußen für die Entwicklung der Industrie eigentlich nur das Kapital. Es ist in Westpreußen außerordentlich reichlich vorhanden derjenige keinem Strike unterworfenen Ersatz für die Kohle, dem man sich überhaupt, glaube ich, zuwenden sollte. Was in Westpreußen für total unbenuzte Wasserkräfte existieren, das weiß nur der, der einmal durch die Gegenden, die Pommern von Preußen trennen, gefahren ist. Dasselbe ist im ganzen Reiche der Fall; und wenn man von der Kohle, von der Möglichkeit, daß die Bevölkerung von 20 Quadratmeilen im stande ist, das ganze Reich durch Arbeitsverweigerung an irgend einem Donnerstag in eine

Kalamität zu stürzen, — wenn man davon loskommen will, so muß man die Ausbeutung der Wasserkräfte thunlichst fördern; dann hat der heutige Strife keine Bedeutung; an irgend ein Mittel gegen Kalamitäten derart, wie sie uns dieser Tage bedroht haben, werden wir doch denken müssen. Wir dürfen uns dem unmöglich aussetzen, daß die kleine Minorität der Bewohner der Kohlenreviere uns jeden Tag in die Lage setzen kann, in die uns etwa die Landwirtschaft setzen könnte, wenn sie uns das Brot abschneiden würde. Die Kohle ist in vielen Provinzen so notwendig geworden, wie das Brot es in allen ist, und es müssen meines Erachtens von Staatswegen Vorkehrungen getroffen werden, daß die Kohle nicht plötzlich in drei Tagen der Menschheit entzogen werden kann, daß nicht jede kleine Wirtschaft am Kochen, jede Waschfrau am Waschen, jede anderweitige Industrie verhindert wird.

Ich berühre das nur beiläufig anknüpfend an die westpreußischen Wasserkräfte, welche tot da liegen. Eine Abhilfe ist da aber erst in zehn bis zwanzig Jahren möglich; wir müssen an eine schnellere denken. Da komme ich nun auf die pekuniäre Frage für die Landwirtschaft selbst.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt: die Unfallsinvaliden sind durch das Unfallversicherungsgesetz geschützt, Berufsinvaliden gibt es auf dem Lande nicht. Das ist entschieden nicht richtig. Ich möchte sagen, der Herr hat noch nicht lange genug auf dem Lande gelebt, um die Dinge kennen zu lernen. Er sagt:

Erst durch dieses Gesetz werden die Invaliden hier gezüchtet werden.

Und an einer anderen Stelle:

Eine Entlaſtung bezüglich der Armenpflege tritt nicht ein, weil dieſe nicht die alten Leute, ſondern die Witwen und Waiſen betrifft.

Ja, was macht man in Weſtpreußen mit den Alten? Die Sikuler ſchlugen ſie tot; aber in unſerem chriſtlichen und civilisierten Zeitalter iſt das doch nicht möglich. Ein alter Mann, der nicht arbeiten kann, muß doch irgendwie leben und durchgefüttert werden, wenn überhaupt von einem patriachaliſchen Verhältniſſe die Rede iſt. Meine Erfahrungen gründen ſich allerdings in der Hauptsache auf Pommern und nicht auf Weſtpreußen. Es wird dieſes ganze Geſetz kaum etwas anderes als eine Entlaſtung ſowohl des Gutsbezirks als des Gutsbeſizers involvieren. (Sehr richtig! rechts.) Das, was auf anſtändigen Gütern ohnehin ſchon geſchieht, will der Staat übernehmen; die ſtrenge geſetzliche Verpflchtung beſchränkte ſich biſher auf die Armenpflege, darauf, daß der Mann unter Dach kommt und mit trockenem Brot gefüttert wird. Aber darüber hinaus iſt auf allen unſeren pommernſchen Gütern, die ich kenne, doch ganz ſicher dafür geſorgt, daß niemand Not leidet. In den Gemeinden iſt es mitunter anders; aber ich kann auch da den guten pommernſchen Bauer nicht anklagen. Die Bauersfrau ſagt: der Mann ſoll nicht ſagen, daß er bei uns nicht beſſer als bei Schröder geſeſſen hat; und wenn die Reihe herum gefüttert wird, wie das bei den Armen üblich iſt, nähren ſie ihn gut; die Leute ſind meiſt feiſt und wohlgenährt. Das wird den Gemeinden zum Teil abgenommen durch das Geſetz.

Daß keine Invaliden auf dem Lande entſtänden — ja, der Herr muß nie Kranke geſehen haben; die meiſten Invaliden entſtehen nicht durch Unfall, ſondern durch

Siechtum, irgend eine Art Schwindsucht, durch Erkältung, durch ein angestammtes Uebel, sodaß ein Mensch von seinem 30. oder 50. Jahre schon der Verpflegung anheim fällt. Ich muß hier nach meiner sehr viel längeren Erfahrung ein bestimmtes Zeugnis gegen diese Ausführungen des Herrn Abgeordneten Holz ablegen. Wir haben diese Invaliden auf dem Lande, und wir versorgen sie bisher vielleicht reichlicher, als sie hiernach versorgt werden. Ich spreche nicht von mir, — ich bin wohlhabend genug, daß mir das nicht zur Last fallen kann; aber bei allen meinen Nachbarn habe ich noch nie gefunden, daß ein alter Mann auf dem Bettel geht; das wäre eine Schande für den Besitzer und für das Gut, von dem er kommt. Daß, wie dies in großen Städten geschieht, jemand aus Nahrungssorgen zum Selbstmorde schreitet, ist, glaube ich, auf dem Lande ganz unerhört. Die Ueberlastung über unsere gesetzliche Verpflichtung wird uns zum großen Teile durch das Gesetz abgenommen. Ich verlange es nicht deshalb, ich verlange es in erster Linie als eine Quittung für unsere Bereitwilligkeit, das im ganzen Lande gebilligte Programm der Kaiserlichen Botschaft auszuführen, und für unsere Bereitwilligkeit, den Hilfslosen und Notleidenden unserer Mitmenschen entgegenzukommen.

Wenn ich heute noch einmal das Wort ergriffen habe, so war es hauptsächlich die Furcht, ich könnte unter Umständen im Wege der Verleumdung, per nefas, unter denen aufgeführt werden, welche, wenn die Vorlage abgelehnt wird, dazu durch ihre Enthalttsamkeit beigetragen haben. Deshalb spreche ich heute noch dafür aus purer Angst (Bravo! rechts), ich könnte unter den, wie ich glaube, bei allen künftigen Wahlen in einer

höchſt nachtheiligen Situation befindlichen Leuten gefunden werden, die das Geſetz abgelehnt haben. Das iſt mein Urtheil, — es kann ja irrtümlich ſein; ich habe aber länger in dieſen Dingen gelebt, als die meiſten von Ihnen, und habe doch im großen und ganzen erlebt, daß mein Urtheil öfter richtig als unrichtig war. Ich möchte nicht, daß dieſes unvollendete Geſetz bei den Wahlen offen bliebe. Da, glaube ich, wird alles, was darin ſteht, bei der unglaublichen Verlogenheit, mit der bei vielen Wahlen gewirtſchaftet wird, herausgeriſſen und aus dem Zuſammenhang herausgezerrt und ſo dar- geſtellt werden, als hätte ſich die Gegenpartei auf das ſchändlichſte benommen. Iſt das Geſetz aber bis dahin abgeſchloſſen, ſo glaube ich nicht, daß dieſe Frage ſelbſt auf die Wahlen Einfluß haben werde. Außerdem habe ich noch andere Gründe, und ich möchte noch hier zu den Aeußerungen des Herrn Holz bemerken, daß, wenn ſpäter dieſe Beſtimmungen auf die Witwen und Waiſen ausgedehnt werden ſollen, wir doch erſt mit dem weniger koſtſpieligen Beſchluſſe einen Verſuch machen müſſen, wie ſich das Ganze geſtaltet; dann können wir ja vielleicht dazu kommen, — es iſt ja nicht ausgeſchloſſen. Wenn aber das von Haus aus, a limine abgelehnt wird, ſo werden weder die alten Leute in der Armenpflege erleichtert werden, noch die Witwen und Waiſen. Ferner erwarte ich von dem ganzen Geſetz noch für das geſamte Reich eine nützliche Wirkung.

Ich habe lange genug in Frankreich gelebt, um zu wiſſen, daß die Anhänglichkeit der meiſten Franzoſen an die Regierung, die gerade da iſt, und die jedesmal den Vorſprung hat, auch wenn ſie ſchlecht regiert, aber doch ſchließlich auch die an das Land, weſentlich damit in

Verbindung steht, daß die meisten Franzosen Rentenempfänger vom Staate sind (sehr richtig!), in kleinen, oft sehr kleinen Beträgen; von Portiers will ich nicht sprechen, das sind schon reiche Leute gegenüber den armen, die kleine Renten vom Staate haben. Die Leute sagen: wenn der Staat zu Schaden geht, dann verliere ich meine Rente; und wenn es 40 Franken im Jahre sind, so mag er sie nicht verlieren, und er hat Interesse für den Staat. Es ist ja menschlich natürlich. Ich habe Zeiten gehabt, wo ich noch für möglich hielt, in meinem Besiz auswärtige Papiere zu haben; nachher habe ich aber gefunden, daß mich dieser Besiz unter Umständen beirrte in meiner richtigen Beurteilung der Politik derjenigen Regierung, deren Papiere ich besaß, und es ist schon, glaube ich, 15 Jahre her, daß ich mich grundsätzlich jedes ausländischen Papiers entäußert habe. Ich will mich nur für mein eigenes Land interessieren und nicht für fremde Papiere.

Wenn wir 700 000 kleine Rentner, die vom Reiche ihre Renten beziehen, haben, gerade in diesen Klassen, die sonst nicht viel zu verlieren haben und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, daß sie viel gewinnen können, so halte ich das für einen außerordentlichen Vorteil; wenn sie auch nur 115 bis 200 Mark zu verlieren haben, so erhält sie doch das Metall in ihrer Schwimmkraft; es mag noch so gering sein, es hält sie aufrecht. Sie werden das nicht leugnen, und ich glaube, daß, wenn Sie uns diese Wohlthat von mehr als einer halben Million kleinen Rentnern im Reiche schaffen können, Sie sowohl die Regierung — da ist es nicht nötig —, aber auch den gemeinen Mann das Reich als eine wohlthätige Institution anzusehen lehren werden.

Deshalb möchte ich die Sache nicht gern vom westpreußischen Standpunkte aus betrachten, sondern vom allgemein politischen.

Den Beschwerden über den § 139 mit den Geldstrafen und dergleichen, schließe ich mich an; daß diese Bestimmungen aus dem Gesetze gestrichen werden, dafür würde ich, wenn ich Abgeordneter wäre, selbst stimmen.

Aber wenn wir jetzt die ganze Sache beiseite legen, dann ist sie in die Versenkung verschwunden. Wer sagt uns denn, ob wir über ein Jahr Zeit und Muße dafür haben? Ich habe mich für den holsteinischen Kanal bis 1870 6 Jahre lang, von 1864 an auf das lebhafteste interessiert. Ich bin von 1870 bis 1880 gar nicht wieder so weit zu Atem gekommen, daß ich hätte an den Kanal denken können. Wer sagt Ihnen denn, daß wir in der Lage sein werden, uns mit dieser Frage, zu der uns Gott im Augenblick noch die Muße gegeben hat, über ein Jahr noch zu beschäftigen? Ich wenigstens möchte das Vertrauen nicht unbedingt aussprechen.

Ich bedaure, mich immer an den Herrn Holz halten zu müssen, ich habe nicht die Ehre, ihn persönlich zu kennen; aber was die anderen Herren in der Opposition gesagt haben, ist mir vollständig gleichgiltig, weil, wie gesagt, ich da reden könnte, was ich wollte. Ich bin sehr dankbar, daß sie überhaupt die Güte gehabt haben, mir zuzuhören; aber daß das, was ich sage, Eindruck machen könnte auf sie, glaube ich nicht. Ich muß mich an die Konservativen wenden mit der Bitte um ein entschlossenes Zusammenhalten, daß sie wirklich als eine einheitliche Partei auftreten, welche sich hier einmal um den Staat und ihr eigenes Prinzip scharf, und die nicht, — ich will keinen harten Ausdruck ge-

brauchen, der mir einfällt, — eigenwillige Sonderbestrebungen verfolgt, deren Motive ich ganz unbeurteilt lasse. Also an die konservative Partei, als deren, ich möchte sagen, „alter Herr“ — ich war früher Mitglied, ich bin es nicht mehr, ich kann keiner Partei angehören — richte ich die Bitte: machen Sie solche Sprünge nicht! (Heiterkeit.)

Das kleine Handwerk ist nach Ansicht des Herrn Holz nicht einverstanden. Nun, nach dem „kleinen“ Handwerk können wir die Reichsgesetzgebung nicht absolut einrichten. Wir können das kleine Handwerk in allen seinen Interessen berücksichtigen, aber über eine so komplizierte Sache von 150 oder wie viel Paragraphen — das weiß ich nicht — können wir dem kleinen Handwerk kein maßgebendes Urteil für das ganze Reich in die Hand geben; da müssen wir selbst urteilen, ohne den Handwerker um sein Urteil zu fragen; er wird uns vielleicht später dafür dankbar sein.

Im Osten sieht der Arbeiter noch jetzt in seinem Arbeitgeber mehr als den Mann, der nur Lohn für seine Arbeitsleistung zahlt; er sieht in ihm seinen Helfer in der Not und seinen Fürsorger. Ja, wird er das später auch in ihm sehen, wenn es allmählich herunkommt — und dafür wird der Sozialdemokrat schon sorgen, der jetzt dagegen stimmt, er wird ihm sagen: die Sache ist gefallen durch den Widerstand der Konservativen, hauptsächlich euer Gutsbesitzer hat dagegen gestimmt; ihr hättet jetzt eine Rente von 150 Mark — das ist doch immer so viel, wie ein Militärintvalide unter Umständen hat —, wenn der Herr von So und So nicht damals dagegen gewesen wäre? Ich möchte Sie doch bitten, sich nicht unbedingt darauf zu verlassen, daß Sie damit Popularität bei den Wahlen oder sonst erringen.

Nun, meine Herren, ich richte alſo meine Rede heute vorzugsweiſe an die konſervative Partei, zu der ich die „Reichspartei“ und — die Herren mögen es mir nicht übel nehmen — die Nationalliberalen und das Zentrum rechne (Sehr gut! — Bravo!), — ich halte die eben genannten Parteien in der Geſamtrichtung ihrer Majorität für konſervativ, d. h. für Parteien, welche den Staat, das Reich, nicht nur überhaupt und generell, ſondern auch angebrachtermaßen erhalten und ſchützen wollen. Nur mit den Herren habe ich mich auseinanderzuſetzen, mit den anderen habe ich zu kämpfen; das iſt eine andere Sache.

Aber ich möchte die konſervativen Herren ihrerſeits beſonders bitten, ſich von der Gemeinschaft von Sozialdemokraten, Polen, Welfen, Elſäſſer-Franzosen und auch von der Gemeinschaft der Freisinnigen abſolut loszuſagen. (Lebhafteſ Bravo.)

Die dritte Beratung zog ſich weiter hin biſ zum 23. Mai; am 24. ward das Geſetz in der Schlußabſtimmung mit 185 gegen 165 Stimmen angenommen; die große Mehrheit der Kartellparteien und eine Minderheit des Zentrums waren dafür, die übrigen dagegen. Der Schlußſtein der ſozialpolitiſchen Reform, wie ſie Fürſt Biſmarck wünſchte, war damit eingefeßt. Zugleich aber hatte auch ſeine parlamentariſche Wirkſamkeit als Reichſkanzler und Miniſterpräſident ihr Ende erreicht. An den Debatten der nächſten Seſſion des Reichſtags im Winter 1889/90 hat er ſich aktiv ſo wenig mehr beteiligt, wie an den gleichzeitigen Verhandlungen des preußiſchen Landtages. Er erlebte noch im Amte die Neuwahlen vom 20. Februar 1890, durch welche dem Reichſtage, dieſmal auf fünf Jahre, aufs neue ein überwiegend feindſeliges Gepräge aufgedrückt ward; allein es blieb ihm erſpart, ſich in weiteren Kämpfen der Rede zu bewegen: am 20. März deſſelben Jahres ward er durch Kaiſer Wilhelm II. ſeiner vaterländiſchen Dienſte in Reich und Staat entlaſſen.

Vom Fels zum Meer.



Union
Deutsche Verlags-Gesellschaft
Stuttgart, Berlin, Leipzig.

Spemann's Illustrierte Zeitschrift
für das Deutsche Haus.

Alle vier Wochen erscheint ein starkes Heft in gr. Oktav-Format.

◀ Preis des Heftes 1 Mark. ▶

„Vom Fels zum Meer“ ist die größte und verbreitetste deutsche Monatschrift mit einem alle Gebiete umfassenden Inhalt.

Wohlfelheit, innere Gebiegenheit und äußere Eleganz vereinigen sich, das Blatt zum Mittelpunkt der deutschen Familie zu machen.

Praxis. D. edle Waidw. V. Altar u. aus d. Klosterzelle. Universität und Studenten. Aus Künstlerwerkstätten. 3. leht. Kubestätte.

56. **Wohlgefülltes Schachkästlein deutschen Scherzes und Humors.**

Reichhaltigste Sammlung alles dessen, was an Scherz u. Humor vereinzelt vorkommt als Unterhaltung u. Kürzung müßiger Stunden, wie als Beitrag zur Erkenntnis deutschen Gemüthes und Verstandes wertvoll.

55. **Wolzogen, C. v.**, Agnes v. Lilien.

24. **Wurm, W.**, Das Wasser.

38. **Ziemssen, Ludw.**, Umwege zum Glück.

10. 11. **Zolling, Th.**, Reise um d. Paris. Welt.

II. Griechische Litteratur.

109. 110. **Aeschylus, I.** Agamemnon. D. Choe-phoren. Die Cumeniden. II. Die Sieben vor Theben. Die Perser. Die schuchsuchend. Mädchen. Prometheus. Uebers. m. Einleitung u. Anmerk. von Prof. Jak. Mähly.

125. **Aristophanes, Die Wolken. Die Frösche.** Uebers. m. Einleitung u. Anmerk. von Prof. Jak. Mähly.

128. **Euripides, Alkestis.** Der rasende Herakles.

129. — — **Ion.** Die Bacchantinnen.

124. **Herodots Geschichte.** Uebersetzt von Dr. K. Abicht. I. 1. u. 2. Buch nebst Einleitung und sachl. Erläuterung.

12. 104. **Homer, I.** Odyssee, II. Ilias, überf. v. J. H. Voß, m. Einl. v. Prof. J. Mähly.

118. **Longos, Daphnis und Chloe.** Uebers. u. mit Einleitung v. Franz Passow.

103. **Plato, I.** Verteidigungsrede d. Sokrates. Krito. Phädo. Uebers. u. eingel. v. Direkt. G. Heß.

126. 127. — II. III. **Der Staat.** 1. u. 2. Bd. Uebers. u. eingel. v. Direktor G. Heß.

130. **Plutarch, I.** Maximen v. Königen u. Feldherren. Maximen röm. Feldherren. Laton. Maximen. Von den Tugenden der Frauen.

131. — — II. **Ueber den Genius des Sokrates.** Politische Vorschriften.

113. 116. **Sophokles, I.** König Oedipus, Oedipus in Kolonos. II. Antigone, Nias, Elektra. Uebersetzt mit Einleitung und Komm. v. Dr. B. Pfannschmidt.

III. Römische Litteratur.

132. **Catull, Properz u. Tibull,** Ausw. ihrer Gedichte.

107. 108. **Cäsar, I.** Denkwürdigkeiten über den Bürgerkrieg. Uebers. m. Einl. u. Komm. v. Dr. R. Zwiemann. II. Denkwürdigkeiten über den gall. Krieg. Uebers. u. mit Einleit. u. Komm. v. Dr. Th. Gelbe.

115. 117. 119. **Cicero, Uebers.** m. Einleitung u. Komm. v. Dr. B. Hellwig, I. 1. Rede gegen Verres. 1. u. 2. Catil. Rede. Für Cälius. Für Milo. II. 4. u. 5. Rede gegen Verres. 3. u. 4. Catil. Rede. III. Ueb. d. höchste Gut.

112. **Nepos, Lebensbeschreibungen.** Uebers. m. Einl. u. Komm. v. Dr. R. Zwiemann.

111. 114. **Ovid, „Die Verwandlungen“, I. u.**

II. Bd. In Auswahl überf. v. J. H. Voß. Neu bearbeit. u. eingel. v. F. Leo.

105. 106. **Sueton, Cäsarenbilder.** I. Cäsar. Augustus. Tiberius. II. Cäjus Caligula. Claudius. Nero. Galba. Otho. Vitellius. Vespasian. Titus. Domitian. Uebers. und eingel. von Dr. J. Sarrazin.

101. 102. 120. 123. **Tacitus, I.** Bd. Germania. Agricola. Die Redner. II. Bd. Historien.

III. Bd. Annalen I. IV. Bd. Annalen II. 121. 122. **Vergil,** Uebersetzt u. eingel. v. Dr. H. Dütschke. Bd. I. Eklogen. Georgika. Bd. II. Aeneis.

IV. Englische Litteratur.

306. 307. 308. **Besant, Walter,** Die gute alte Zeit.

32. 33. **Bulwer, Ed. L.** Eugen Aram. Mit e. Einl. von L. Proescholdt. 2 Bde.

152. **Burns, Rob.,** Werke. I. Lieder u. Balladen. Uebers. v. A. Baisch.

172. 173. 174. 175. 176. **Byron, I.** Bd. Manfred, Cain, Himmel u. Erde, Sardanapal. II. III. Bd. Don Juan. IV. Bd. Der Gefangene v. Chillon. Der Giaur. Die Braut von Abydos. Der Korsar. Lara. Die Belagerung von Korinth. Parisina. V. Bd. Mazeppa. Beppo. Harolds Pilgerfahrt Die Insel. Uebers. mit Einl. u. Anmerk. v. Dr. Adalb. Schroeter.

156. **Carlyles, Thomas,** Werke I. Goethe. Schiller. Graf Cagliostro. D. Diamantenhalsband. Uebersetzt von A. Krehshmer, mit einer Einleitung von J. Scherr.

157—159. **Dickens, Ch.,** Werke. I.—III. Dav. Copperfield. Uebers. v. H. Lobedan, m. einer Einl. v. L. Proescholdt.

153—155. **Fielding, H.,** Tom Jones. 3 Bde. Mit einer Einl. von J. Schmidt.

163. **Goldsmith, Der Landprediger v. Wakefield.** Mit ein. Einl. v. Prof. Dr. J. Schmidt.

301. 302. **Gray, Maxwell,** Der Dekan von Belminster.

304. 305. **Hatton, Joseph,** Alysie. Ein Roman aus dem modernen Leben.

151. **Milton, John,** Das verlorene Paradies. Mit einer Einl. von Ludwig Proescholdt.

318. **Murray, Christie,** Gabriel Kenyon. Ein Roman, deutsch von L. Wechsler.

164. 165. **Ostians Gedichte.** Uebers. v. Ed. Brindmeyer.

310. **Quida,** Verfehlte Spekulationen oder Die Leiden einer Anstandsdame.

166. 167. **Scotts, Walter,** Werke I. u. II. Waverley. Uebers. mit einer Einleitung von L. Proescholdt.

169. 170. 171. **Smollet, T. G., I.—III.** Peregrin Pickles Abenteuer, Fahrten und Schwänke. Mit einer Einleitung von L. Proescholdt.

168. **Swift,** Ein Märchen von der Sonne. Nicht feingespitzte Pfeile d. Satire versendet Swift, sondern ernstgemeinte kräftige Keulenschläge werden in d. „Märchen“ ausgeteilt, denen man d. Verbissenheit des Verf., aber doch

Jeder Band ist einzeln käuflich.

— Bei Bestellung genügt Angabe der Bandnummer. —

auch sein Streben nach sittlicher Besserung der kirchl. und sozialen Zustände wohl anmerkt.
160—162. **Chackeray, M.**, Eitelkeitsmarkt. Uebers. v. H. Lobedan, mit einer Einleitung von Joh. Prösch.

Dieses Werk des geistvollsten u. originellsten Satirikers d. 19. Jahrh. spiegelt dessen litterar. Physiognomie in so unmittelbarer Schärfe u. drastischer Frische wieder wie kein andres.

V. Französische Litteratur.

319. **Am Glück vorbei.** Von *.. Uebers. von J. L. Devrient.

215. **Balzac, Honoré de**, Oberst Chabert. Uebers. v. Fabian Philipp. Mit einer Einl. v. Ferd. Lottheißen.

Ein Hauptvorteil der Balzac'schen Romane ist die psychologische Wahrheit, die sich besond. i. d. Zeichnung d. Frauen-Charaktere bekundet. Er ist ein Pessimist durch u. durch u. reizt häufig zum Widerpruche.

219. **Chateaubriand, I.** Atala. René. Der Letzte der Abencerragen. Uebersetzt und mit einer Einl. von Steph. Born.

In „Atala“ u. „René“, welche beide im Urwalde von Louisiana ihren Schauplatz haben, ist der Dichter zum Maler geworden und wirkt durch alle Zauber einer uns fremd. tropischen Welt auf die Phantasie des Lesers.

76. **E. Daudet**, Ein Märtyrer der Liebe, Die Baronin Amalti. Uebers. v. Hymus u. König.

89. **France, Anatole**, Sylvester Bonnard. Uebers. von F. Alsbach.

Ein fesselndes und psychologisch hoch interessantes Produkt der neueren französischen Schule liegt in obigem Roman vor uns, dessen Autor es wohl verstanden hat, die Klippen der modern-realistischen Richtung zu vermeiden.

207. 208. **Sugo, F.**, Notre Dame v. Paris.

214. 216. **La Bruyère**, Die Charaktere. Uebers. und mit einer Einl. von R. Hamel.

Ein überraschender Reichtum an anregenden Gedanken tritt uns aus diesen Essays, welche im glänzendsten Stile geschrieben sind, entgegen.

8. **Le Sage**, Der hinkende Teufel. Mit einer Einleitung von Ferd. Lottheißen.

213. **Mérimée, Prosp.**, Colomba, Carmen. Uebers. u. mit einer Einl. von D. Mhlus.

In vorzüglicher Uebersetzung werden hier zwei Novellen geboten, von denen die zweite um so mehr interessieren wird, als aus ihr der Stoff zu einer beliebten Oper der Jetztzeit entnommen ist.

303. **Peyrebrune, Madame de**, Das Fräulein von Tremor.

218. **Racine, I.** Andromache. Britannicus. Mithridat. Uebers. u. eingel. v. F. Schröder.

Das Wort Friedrichs des Großen: „Wer nicht wie Racine schreibt, sollte auf die Poesie verzichten“, ist wohl hinreichende Empfehlung für das vorstehende Werk.

201—203. **Rousseau, J. J.**, Bekenntnisse. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. St. Born.

211. 212. — — Die neue Heloise.

210. **Saintine, A. B.**, Picciola. Uebers. und mit einer Einleitung von Othfrid Mhlus.

Jeder Leser dieses Buches wird das Aufsehen verstehen, welches dasselbe bei seinem Erscheinen machte, und sich unwiderstehlich von dem tiefen Gemüt des Verfassers angezogen fühlen.

201. **Saint-Pierre, F. de**, Paul und Virginie. Mit einer Einleitung und in neuer Uebers. von R. Saar.

217. 220. **Saint-Simon**, Memoiren. 2 Bde. Mit einer Einleitung von Ferd. Lottheißen.

Diese an Tacitus gemahnenden Schilderungen des französischen Staatslebens und des Versailler Hofes werden nie ihren Wert verlieren.

209. **Sand, George**, Indiana. Uebers. von G. Meister, mit einer Einl. von St. Born.

Diese Jugendarbeit gehört in ihrer packenden Durchführung, durch die Kraft der Charaktere und das spannende Fortschreiten der Handlung zu dem Besten, was die geniale Frau geschrieben hat.

314. 315. **Sue, Eugen**, Pater Robin. Episode aus dem „Ewigen Juden“, für die Gegenwart bearbeitet von Martin Deutschländer.

206. **Sévigné, Madame de**, Ausgewählte Briefe. Uebers. u. eingel. von F. Lottheißen.

Die Briefe der Mad. de Sévigné zeichnen sich durch lebhaften Geist und wahres Gefühl aus und bieten die lebendigsten Schilderungen der franz. Hofverhältnisse im 17. Jahrhundert.

205. **Tillich, Claude**, Mein Onkel Benjamin. Uebers. und eingeleitet von R. Saar.

Ein Roman, welcher durch seine Eigenart in der ganzen Litteratur dieses Jahrhunderts kaum seinesgleichen hat und zu den Werken gehören wird, welche bleiben.

82. **Töpffer, Rud.**, Genfer Novellen. Uebers. von H. Zichotte.

VI. Italienische Litteratur.

96. **De Amicis, Edm.**, Skizzen aus dem Soldatenleben. Uebers. von Agn. Burchard.

311. 312. 313. **Fogazzaro, A.**, Malombra. Roman in 3 Bänden.

23. **Mancini, Lydia**. Uebers. von H. Lobedan, mit einer Einleitung von F. Lewald.

258. — — Vom Fenster aus. Uebersetzt von H. Lobedan.

253. 254. **Manzoni, Aless.**, Die Verlobten. Uebers. und mit einer Einl. von W. Raden.

Einer der vorzüglichsten histor.-nation. Romane der Weltlitteratur, der das ital. Leben im 17. Jahrhundert mit Meisterschaft schildert, mit einer Wahrheit, einem Farbenreichtum, der das Geschriebene als Wirklichkeit erscheinen läßt.

63. **Misasi, Nicola**, Kalabrische Novellen. Uebers. und eingel. von Woldemar Raden.

251. 252. **Petrarcas** Gedichte. I. Sonette und

Jeder Band ist einzeln käuflich.

— Bei Bestellung genügt Angabe der Bandnummer. —

auch sein Streben
 kirchl. und soz.
 160—162. **Chac**
 Uebers. v. H.
 von Joh. Pr
 Dieses Werk
 Satirikers d. 19
 Physiognomie
 drastischer Freis

V. Fran

319. **Am Glück**
 J. L. Devrier

215. **Bazac**, S
 Uebers. v. Fal
 v. Ferd. Loth
 Ein Hauptve
 ist die psycholog
 i. d. Zeichnung
 det. Er ist ein
 häufig zum W

219. **Chateaubr**
 Letzte der Aber
 einer Einl. v
 In „Atala“
 walde von Lui
 ist der Dichter z
 durch alle Zau
 Welt auf die B

76. **G. Daudet**,
 Baronin Ama

89. **France**, A
 Uebers. von
 Ein fesselnd
 interessantes Pre
 Schule liegt i
 dessen Autor
 Klippen der m
 vermeiden.

207. 208. **Hugo**

214. 216. **La**
 Uebers. und
 Ein überrasch
 den Gedanken
 welche im glän
 entgegen.

8. **Le Sage**,
 einer Einleit

213. **Mérimée**,
 Uebers. u. m
 In vorzügli
 zwei Novellen
 um so mehr i
 der Stoff zu e
 zeit entnomme

303. **Penrebrun**
 lein von Tre

218. **Racine**, I
 Mithridat. I
 Das Wort
 nicht wie Raci
 verzichten“, ist
 für das vorste

kenntnisse. Mit
 Dr. St. Born.
 oise.
 la. Uebers. und
 Otfried Nylus.
 wird das Auf
 selbe bei seinem
 vorderstehlich von
 hers angezogen

al und Virginie.
 a neuer Uebers.

noiren. 2 Bde.
 Ferd. Lotheisen.
 enden Schilde
 ratslebens und
 nie ihren Wert

Uebers. von
 von St. Born.
 in ihrer pade
 Kraft der Cha
 fortschreiten der
 was die geniale

Robin. Episode
 für die Gegen
 Deutschländer.
 Ausgewählte
 n F. Lotheisen.
 évigné zeichnen
 wahres Gefühl
 a Schilderungen
 7. Jahrhundert.
 nkel Benjamin.
 R. Saar.
) seine Eigenart
 s Jahrhundert
 zu den Werken

ovellen. Uebers.

eratur.
 zzen aus dem
 Agn. Burchard.
 a., Matombra.

von H. Lobedan,
 F. Lewald.
 Uebersetzt von

Die Verlobten.
 von W. Kaden.
 histor.-nation.
 er das ital. Leben
 erschafft schildert,
 Farbenreichtum,
 Wirklichkeit er

rische Novellen.
 oldemar Kaden.
 I. Sonette und

Inches 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 8

Centimetres

TIFFEN® Color Control Patches © The Tiffen Company, 2007

Blue	Cyan	Green	Yellow	Red	Magenta	White	3/Color	Black
------	------	-------	--------	-----	---------	-------	---------	-------